



Wie weltoffen ist Deutschland?

Wie weltoffen ist Deutschland?

Marc Helbling, Oliver Strijbis

Kontakt

Andreas Grau
Projektmanager
Programm Lebendige Werte
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81563
Fax 05241 81-681563
andreas.grau@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: Shutterstock / BABAROGA

Inhalt

Inhalt	3
1 Einleitung	6
2 Verwendete Daten.....	9
3 Parteipositionen zu Globalisierungsthemen	12
4 Wählerpräferenzen zu Globalisierungsthemen	17
5 Vergleich von Elite- und Bevölkerungspositionen.....	27
6 Zusammenfassung und Ausblick	32
7 Literatur	34

Zusammenfassung

Diese Studie geht der Frage nach, warum eine rechtspopulistische Partei wie die Alternative für Deutschland (AfD) erst in jüngster Zeit in Deutschland erfolgreich sein konnte. Deutschland stellte bis vor Kurzem eine Ausnahme im europäischen Kontext dar, weil es im Gegensatz zu vielen anderen Ländern keine wichtigen rechtspopulistischen Kräfte gab. In Zusammenhang mit dieser Neuentwicklung wird der Frage nachgegangen, wie man die Ablehnung nationalstaatlicher Öffnung erklären kann. Insbesondere wird untersucht, ob es diesbezüglich längerfristige Trends gibt oder ob es in den letzten Jahren zu abrupten Veränderungen gekommen ist.

Um den Erfolg der AfD erklären zu können, wird auf zwei Erklärungsansätze in der Politikwissenschaft zurückgegriffen. Der erste Ansatz bezieht sich auf die Theorie der Spaltungslinien (*cleavages*), gemäß welcher Parteien entlang von grundlegenden Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften entstehen (Bartolini und Mair 1990). Eine zentrale neue Konfliktlinie ist dabei in den letzten Jahrzehnten um die Frage nationalstaatlicher Öffnung entstanden. Im Zuge der Globalisierung haben nationalstaatliche Grenzen an Bedeutung verloren. Rechtspopulistische Parteien stellen diejenige politische Kraft dar, welche sich gegen die Folgen von Globalisierung, wie Immigration und Europäische Integration, stellen. Der zweite Erklärungsansatz stützt sich auf die Populismusforschung. Er verweist darauf, dass rechtspopulistische Parteien in Westeuropa nicht nur mit nationalkonservativen Positionen mobilisieren, sondern auch mit harscher Kritik an der Elite. Die Elite wird dabei als eine einheitliche Gruppe realitätsfremder Kosmopoliten dargestellt, welche den Bezug zur Bevölkerung verloren hat.

Um zu untersuchen, ob der Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland Folge eines langfristigen Trends oder Reaktion auf kurzfristige Ereignisse ist, werden Auswertungen von Parteiprogrammen, Bevölkerungs- sowie Eliteumfragen über mehrere Jahrzehnte (teilweise seit den 1970er Jahren) analysiert. Die Themen „Einwanderung“ und „supranationale Integration“ werden dabei nicht nur über Zeit, sondern auch im Vergleich zu anderen Ländern betrachtet.

In Bezug auf Parteipositionen kann gezeigt werden, dass sich die AfD schon bei den Bundestagswahlen 2013 eindeutig stärker für die Abgrenzung nationalstaatlicher Grenzen ausgesprochen hat als alle anderen Parteien. In ihrem durchschnittlichen Fokus auf den Themenkomplex unterscheiden sich die Parteien Deutschlands nicht groß von anderen westeuropäischen Ländern. Allerdings war die Dynamik in Deutschland eine andere. Während in anderen westeuropäischen Ländern das Thema vor allem in den 1990er Jahren aufkam, erreichte es in Deutschland vor der Wiedervereinigung und seit den 2000er Jahren die größte Bedeutung.

In der Bevölkerung Deutschlands ist kein längerfristiger Trend zu ablehnenden Einstellungen im Hinblick auf Einwanderung und europäische Integration erkennbar. Im europäischen Vergleich liegen die Deutschen in ihren Einstellungen gegenüber Einwanderung etwa im Mittelfeld. Im Unterschied zu anderen Ländern waren die Deutschen ihrer Mitgliedschaft der EU gegenüber aber immer sehr positiv eingestellt – selbst im Zuge der Eurokrise. Die Nachfrage nach nationalkonservativen Positionen ist in den letzten Jahren in etwa stabil

geblieben. Das Potenzial für rechtspopulistische Parteien war in dieser Hinsicht daher nicht höher als im europäischen Durchschnitt. Der Vergleich mit den Elitebefragungen zeigt, dass die Durchschnittsbevölkerung gegenüber Einwanderung und supranationaler Integration deutlich kritischer eingestellt ist als die Elite. Dies ist jedoch nicht nur ein deutsches, sondern ein internationales Phänomen. Ein solcher Unterschied kann erklären, weshalb die Gegenüberstellung von Eliten und Bevölkerung durch Rechtspopulisten für viele plausibel erscheint.

1 Einleitung

Im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Staaten gab es in Deutschland lange keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei. Dies hat sich in den letzten Jahren mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) rasant geändert. Die AfD wurde im Februar 2013 als Reaktion auf die Bewältigung der Eurokrise gegründet. Seither reitet sie auf einer Welle des Wahlerfolges und vieles spricht dafür, dass sie im Herbst 2017 in den deutschen Bundestag einziehen wird.

Bei ihrer Gründung war die AfD eher eine konservative Partei. Die Partei fokussierte vor allem auf die Wirtschaftspolitik und forderte insbesondere die Auflösung der Eurozone. Noch bei den Europawahlen 2014 positionierte sich die AfD als konservativ und euroskeptisch, nicht aber als rechtspopulistisch (Arzheimer 2015). Dies drückte sich auch nach dem Wahlerfolg beim Beitritt zur Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer im europäischen Parlament aus. Seit der Abspaltung des moderaten Flügels im Jahr 2015 hat sich dies aber geändert und die Partei profiliert sich nun mit nationalistischen Positionen und einem Anti-Eliten-Diskurs (Decker 2015; Niedermayer 2014). Diese Kombination von heutigen nationalistischen Positionen der AfD und einem Diskurs, welcher ein homogenes „reines“ Volk einer ebenso homogenen, aber „korrupten“ Elite gegenüberstellt, wird in der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch bezeichnet (Mudde 2007). Die bisherigen Analysen zeigen, dass vor allem Personen, welche Migration und der EU gegenüber kritisch eingestellt sind, die AfD wählten (Schmitt-Beck 2017; Johann et al. 2016).

Mit der Euro-Krise und der Flüchtlingskrise gibt es zwei wichtige Ereignisse, welche im Zusammenhang mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland stehen. Die Frage stellt sich daher, ob es in Deutschland auch langfristig ein ähnliches Potenzial für eine rechtspopulistische Partei gibt wie in anderen westeuropäischen Ländern, in welchen sich solche Parteien etablieren konnten, oder ob sich erst mit der Euro- und der Flüchtlingskrise ein entsprechendes Wählersegment kurzfristig herausgebildet hat. Denn mit den Wahlerfolgen der AfD hat sich das deutsche Parteiensystem jenem seiner Nachbarländer angeglichen. In den beiden ebenfalls mehrheitlich deutschsprachigen Ländern Österreich und Schweiz beispielsweise haben rechtspopulistische Parteien schon in den 1990er Jahren zum Siegeszug in der Wählergunst angesetzt. Mit 29 Prozent Wähleranteil bei den Nationalratswahlen 2015 ist die Schweizerische Volkspartei (SVP) mittlerweile die klar größte Partei in der Schweiz. Mit fast 21 Prozent Wähleranteil wurde die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) bei den letzten Nationalratswahlen 2013 zur drittstärksten Kraft.

Der Aufstieg der AfD macht Deutschland seinen Nachbarstaaten gegenüber also ähnlicher. Weshalb aber gab es in Deutschland im Gegensatz zu Ländern wie Österreich und der Schweiz nicht auch schon früher eine wählerstarke rechtspopulistische Partei? Der Aufstieg der Rechtspopulisten vor allem in Westeuropa wird in der Politikwissenschaft mit zwei verschiedenen, sich ergänzenden Ansätzen erklärt. Gemäß der Theorie der Spaltungslinien (*cleavages*) entstehen Parteien entlang von grundlegenden Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften (Bartolini und Mair 1990). In Westeuropa ließen sich diese lange anhand von Kategorien wie „Klasse“ oder „Konfession“ interpretieren. Für Deutschland wird aus dieser Perspektive der Gegensatz zwischen SPD gegenüber FDP und CDU auf den im Laufe des Industrialisierungsprozesses hervortretenden Konflikt zwischen Arbeitern und Bürgertum zurückgeführt. Dabei vertraten linke Parteien die Interessen der Arbeiter und liberale und konservative Parteien jene des Bürgertums. Der im Zuge der Säkularisierung entstandene

Konflikt zwischen konservativen und liberalen Einstellungen wiederum trennt aus dieser Perspektive die FDP und die CDU.

Der Aufstieg von „neuen“ linken Parteien in Westeuropa, wie jener der Grünen, kann ebenfalls auf eine neue Konfliktlinie zurückgeführt werden. Bei diesem Konflikt geht es um die Wertedimension, wobei sich diese neuen Parteien durch ihre stark gesellschaftsliberale und universalistische Haltung auszeichnen. Das Aufkommen der Rechtspopulisten kann nun teilweise als Reaktion auf diese progressiven Kräfte verstanden werden. Denn mit ihrer deziert konservativen und nationalistischen Positionierung bilden sie den Gegenpol zu den linksliberalen Parteien.

Der Aufschwung des Rechtspopulismus nimmt aber erst mit einem tief greifenden Wandel der Gesellschaftsstrukturen so richtig Fahrt auf. Die Globalisierung löst die Grenzen der Nationalstaaten zunehmend auf und schafft eine neue Gruppe von Gewinnern und Verlierern. Dabei gibt es sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht „Globalisierungsverlierer“. Insbesondere wenig Gebildete können von der Öffnung der Arbeitsmärkte weniger profitieren und werden durch den zunehmenden internationalen Wettbewerb verunsichert. Gleichzeitig fühlen sich im Zuge zunehmender gesellschaftlicher Diversität Bevölkerungsgruppen, darunter insbesondere einheimische Männer, in ihrem Status als Stützen der nationalen Gemeinschaft bedroht. Dies geht einher mit einem Prozess, in welchem der Nationalstaat durch europäische und supranationale Integration an Souveränität einbüßt und somit die Nation als Solidargemeinschaft an Bedeutung zu verlieren droht.

Als Folge dieser Entwicklungen ist die Frage der nationalstaatlichen Abgrenzung in den meisten westeuropäischen Staaten zum zentralen Konfliktgegenstand der Politik geworden (Kriesi et al. 2008; 2012). Im westeuropäischen Kontext, aber zunehmend auch in osteuropäischen Ländern wie Polen oder Ungarn, sind die europäische Integration und Immigration die zentralen Themen, an denen sich der Globalisierungskonflikt manifestiert. Dabei sind es die Globalisierungsverlierer, welche der EU und den Einwanderern gegenüber besonders kritisch eingestellt sind. Diese Einstellungen werden wiederum von rechtspopulistischen Parteien gezielt mobilisiert. Gemäß der Theorie der Spaltungslinien basiert der Erfolg des Rechtspopulismus also in der im Zuge der Globalisierung zunehmenden Bedeutung und/oder Polarisierung der Einstellungen zu Öffnung bzw. Schließung nationaler Grenzen.

Die Populismusforschung ist die zweite Perspektive, welche den Aufstieg von Parteien wie dem Front National, der FPÖ oder der niederländischen Partei der Freiheit zu erklären versucht. Sie verweist darauf, dass rechtspopulistische Parteien in Westeuropa nicht nur mit nationalkonservativen Positionen mobilisieren, sondern auch mit harscher Kritik am „Establishment“. Indem Rechtspopulisten gewöhnliche Bürger als Opfer einer Allianz zwischen Eliten und Minderheiten darstellen, gelingt es ihnen sogar, in wirtschaftlich guten Zeiten Resonanz zu erzielen (Mols und Jetten 2016). Die Elite wird dabei als eine einheitliche Gruppe realitätsfremder Kosmopoliten dargestellt, welche den Bezug zur nicht minder homogenen, dem Nationalstaat zugewandten Bevölkerung verloren hat.

Beide Perspektiven, jene der Spaltungslinien und jene des Populismus, können miteinander gut in Verbindung gebracht werden. Denn die Abneigung gegenüber den Eliten basiert oftmals genau darauf, dass sie der Öffnung nationalstaatlicher Grenzen besonders positiv gegenüberstehen. Sie gelten als die Prototypen der Globalisierungsgewinner, welche die Exzesse der Globalisierung zu verantworten haben. Dies impliziert die These, dass der rechtspopulistische Diskurs gegen die Eliten deshalb so erfolgreich ist, weil sich die Eliten in

ihren Einstellungen mit Bezug zu Globalisierungsthemen tatsächlich stark von der Bevölkerung unterscheiden.

Diese Studie versucht die Frage zu beantworten, ob der Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland Folge eines langfristigen Trends oder Reaktion auf kurzfristige Ereignisse ist. Langfristige Stabilität in den Einstellungen gegenüber Einwanderung und europäischer Integration würde darauf hindeuten, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis auch in Deutschland der Rechtspopulismus Fuß fassen konnte. Dies trifft besonders dann zu, wenn nicht nur ein bedeutender Teil der Bevölkerung langfristig Einwanderung und der europäischen Union gegenüber ablehnend eingestellt ist, sondern wenn er sich in diesen Einstellungen stark von der Elite unterscheidet. Für den Aufstieg der Rechtspopulisten als eine kurzfristige Reaktion auf Euro- und Flüchtlingskrise würde sprechen, wenn erst im Zuge dieser Ereignisse ein Trend hin zur Ablehnung offener Grenzen gefunden werden kann.

Diese Studie findet vor allem für die erste These Evidenz. So kann gezeigt werden, dass in Deutschland schon zu früheren Zeitpunkten mindestens ähnlich breite Bevölkerungsschichten der Einwanderung gegenüber kritisch eingestellt waren. Und bis auf eine kurze Unterbrechung während der Eurokrise haben sich die Einstellungen der Deutschen zur europäischen Union in den letzten vierzig Jahren kaum verändert. Beides deutet darauf hin, dass der mit der Bundestagswahl 2013 einsetzende Erfolg des Rechtspopulismus nicht primär mit der Wirkung von Euro- und Flüchtlingskrise auf die Einstellungen der Bevölkerung erklärt werden kann. Vielmehr scheint die bereits davor vorhandene Nachfrage nach nationalkonservativer Politik für eine erfolgreiche rechtspopulistische Bewegung ausreichend gewesen zu sein. Dies umso mehr als dass es in Deutschland – wie in anderen Ländern – eine große Kluft in den Einstellungen zwischen Eliten und der übrigen Bevölkerung gibt. Denn wie wir zeigen werden, sind in Deutschland die Eliten Einwanderung und supranationaler Integration gegenüber sehr positiv eingestellt und unterscheiden sich darin tatsächlich deutlich von weiten Teilen der Bevölkerung.

Weshalb aber kam es in Deutschland denn nicht schon in den 1990er Jahren zu Wahlerfolgen für rechtspopulistische Parteien, wie dies in Österreich und der Schweiz der Fall war? Ein Hinweis darauf liefert uns die Analyse der Parteiprogramme. Diese zeigt, dass in Deutschland im Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung nationalstaatliche Abgrenzung bedeutend weniger prominent auf der politischen Agenda stand als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Erst im 21. Jahrhundert hat diese Thematik in den deutschen Parteiprogrammen jene Bedeutung gewonnen, welche sie in den westeuropäischen Ländern mit erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien bereits in den 1990er Jahren erlangt hat.

In einem ersten Teil werden die verwendeten Daten beschrieben und einige Aspekte der methodischen Vorgehensweise erläutert. In einem zweiten Teil beschreiben wir die deutschen Parteien mit Bezug auf deren Positionen zu nationalstaatlicher Abgrenzung im Zeit- und Ländervergleich. Im dritten Teil beschreiben wir die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Einwanderung und europäischer Integration ebenfalls aus einer historischen und Länder vergleichenden Perspektive. Im vierten Teil zeigen wir Unterschiede in denselben Einstellungen bei den Eliten Deutschlands und im internationalen Vergleich. Wir schließen mit einer kurzen Zusammenfassung der Resultate und wagen einen Ausblick auf die Zukunft des Rechtspopulismus in Deutschland.

2 Verwendete Daten

Um Einstellungen von Eliten und Bevölkerung sowie Positionen von Parteien gegenüber nationalstaatlicher Öffnung und Abgrenzung zu untersuchen, gilt es mehrere Aspekte zu berücksichtigen. Einerseits stellt sich die Frage nach den einzelnen Themen, welche man der Dimension Öffnung versus Abgrenzung zuschreibt. Denn nationalstaatliche Öffnung kann sich in vielen verschiedenen Politikbereichen manifestieren. Allerdings sind nicht alle politisch gleich relevant. Und weil die Forschungsliteratur gezeigt hat, dass beim Konflikt zwischen Öffnung und Abgrenzung im westeuropäischen Kontext vor allem die kulturellen Themen polarisieren, fokussieren wir auf Einwanderung und supranationale Integration, wobei Letzteres vor allem europäische Integration meint (siehe auch Kriesi et al. 2008, 2012). Diese Entscheidung wird auch durch die verfügbaren Daten mitbestimmt. So gibt es nur wenige internationale Datensätze, welche es erlauben, Einstellungen und Positionen zu nationalstaatlicher Öffnung über einen längeren Zeitraum und mit verschiedenen politischen Akteuren systematisch zu untersuchen. Dazu kommt, dass es für die beiden Themen „Einwanderung“ und „europäische Integration“ Daten aus einer Elitebefragung gibt, in welcher dieselben Fragen wie in repräsentativen Bevölkerungsumfragen gestellt wurden.

Für alle drei Akteure – Bevölkerung, Parteien und Eliten – fokussieren wir uns also auf Zustimmung bzw. Ablehnung von Migration und europäischer Integration. Mit Bezug auf die Parteien verwenden wir die Auswertungen von Wahlprogrammen des *Manifesto Project* (Volkens et al. 2012). Es handelt sich dabei um ein in seiner historischen und geographischen Reichweite einzigartiges Projekt zur Erfassung von Parteipositionen. Im Rahmen dieses Projektes wurden bereits seit 1945 die politischen Positionen von über 1.000 Parteien in über 50 Ländern erfasst. In der Regel werden alle Parteien erfasst, die mindestens einen Sitz im nationalen Parlament gewonnen haben. Für die Bundestagswahlen 2013 sind aber auch die Parteiprogramme der Piraten Deutschland und der Alternative für Deutschland (AfD) berücksichtigt worden. Bei der Kodierung der Wahlprogramme werden alle Teilsätze (*quasi-sentences*) nach ihrem politischen Inhalt kodiert. Es handelt sich dabei um eine der größten bisher in der Politikwissenschaft hervorgebrachten Datensätze und gehört daher zu den in der Fachliteratur am meisten verwendeten Quellen. Um valide Aussagen über die Bedeutung von nationaler Öffnung gegenüber Abgrenzung der Parteien und ihrer Positionen zu machen, haben wir Indizes gebildet, welche auf der Anzahl befürwortender und ablehnender Aussagen zur europäischen Integration, internationalen Zusammenarbeit und zum Multikulturalismus beruhen.¹

Für eine langfristige Perspektive zu den Einstellungen der Bevölkerung sowie für den Vergleich mit den Eliten verwenden wir die Daten des *World Values Surveys* (2015), der *European Values Study* (2015) und die *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (GESIS 2016; Hadjar et al. 2017). Diese Daten sind einzigartig, da sie einen Vergleich von Einstellungen zu denselben Fragen seit den 1980er bzw. 1990er Jahren bis in

¹ Im Manifesto Projekt gibt es keine Kategorie „Migration“ weshalb wir die Kategorie „Multikulturalismus“ verwenden. Die relative Anzahl der Positionsbezüge berechnen wir als die Anzahl der Teilsätze zu den drei Themen dividiert durch alle Teilsätze. Für die Parteipositionen benutzen wir die *Logit Ratio Scale* (Lowe et al. 2011).

die Gegenwart erlauben. Für folgende Fragen sind Daten über einen langen Zeitraum verfügbar:

- „Auf dieser Liste stehen eine Reihe ganz verschiedener Personengruppen.² Könnten Sie einmal alle heraussuchen, die Sie nicht gern als Nachbarn hätten?“
- „Sagen Sie mir bitte zu (...) der folgenden Aussage, ob Sie zustimmen, nicht zustimmen oder keines von beiden: Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber Deutsche gegenüber Ausländern vorziehen.“
- „Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist Ihre Einstellung dazu?“

Für die Einstellungen gegenüber der Mitgliedschaft in der europäischen Union können wir außerdem auf die Daten des *Eurobarometers* (European Commission 2017; European Parliament et al. 2015, 2017) zurückgreifen. Dieser hat seit 1973 der Bevölkerung der Mitgliedsländer folgende Frage gestellt:

- „Ist die Mitgliedschaft [Deutschlands] in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?“

Die Daten zu den Einstellungen der Eliten stammen aus einer internationalen Umfrage, welche am *Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB)* von 2014 bis 2015 durchgeführt wurde (Teney et al. Im Erscheinen). Dabei wurden mehr als 1.600 Top-Führungskräfte in Deutschland, Mexiko, Polen, Türkei und den USA zu Globalisierungsthemen befragt.³ Bei den Eliten handelt es sich um Führungskräfte aus den Sektoren Wirtschaft, Public Relations, Politik, Verwaltung, Justiz, Militär, Wissenschaft, Medien, Gewerkschaft, Kirche und Zivilgesellschaft. Den Eliten wurden dabei ebenfalls zwei der oben genannten Fragen gestellt, weshalb wir deren Antworten mit jener der Gesamtbevölkerung vergleichen können. Außerdem vergleichen wir die Zustimmung zu der Aussage:

- „Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber [Deutsche] gegenüber Ausländern vorziehen.“

Um Einstellungen von Eliten und Bevölkerung zu supranationaler Integration international vergleichen zu können, haben wir Antworten auf folgende Frage gebildet:

- „Manche glauben, bestimmte Probleme würden besser durch die Vereinten Nationen geregelt oder durch [die EU] als durch die einzelnen nationalen Regierungen. Andere

² Es stehen dabei 15 verschiedene Gruppen zur Auswahl zur Verfügung.

³ Im Gegensatz zu anderen Studien in diesem Bereich (vgl. z. B. Kriesi et al. 2008; 2012) wurde in diesem Projekt versucht, Westeuropa mit anderen Regionen zu vergleichen. Dabei wurden Länder ausgewählt, die mindestens teilweise als Demokratien gesehen werden können und die Mitglieder der EU oder der North American Free Trade Agreement (NAFTA) sind, den zwei weitest (aber unterschiedlich) entwickelten Projekten regionaler ökonomischer und politischer Integration. Mit der Türkei wurde ein EU-Mitgliedschaftskandidat ausgewählt. Damit wurden drei Länder einbezogen, die eine unterschiedlich starke Bindung zur EU aufweisen. Die Länderauswahl stellt eine große Varianz in Bezug auf zentrale Globalisierungsvariablen dar. So wurden Länder mit hohem und mittlerem Durchschnittseinkommen aus kulturell unterschiedlichen Regionen ausgewählt. Mit Deutschland und den USA wurden zwei Länder mit hoher Einwanderung ausgewählt, während die anderen Fälle Auswanderungsländer darstellen. Die Länder weisen zudem unterschiedliche Parteien-, Wahl- und Regierungssysteme sowie Demokratieerfahrungen auf.

meinen, die Regelung dieser Probleme sollte ganz in der Hand der nationalen Regierungen bleiben. Würden Sie mir für jedes der folgenden Probleme sagen, ob Sie meinen, dass es besser durch die nationalen Regierungen, [die EU] oder durch die Vereinten Nationen geregelt werden sollte?“

Die Frage wurde für fünf verschiedene Themengebiete (Friedenssicherung, Umweltschutz, Hilfe an arme Länder, Flüchtlinge, Menschenrechte) gestellt, aus den fünf entsprechenden Antworten haben wir einen Index gebildet, welcher Werte von 0 bis 1 annehmen kann.

3 Parteipositionen zu Globalisierungsthemen

Erste Erfolge konnten Rechtspopulisten in mehreren westeuropäischen Ländern in den 1990er Jahren erzielen. Zu den ersten Ländern gehörten insbesondere die beiden ebenfalls mehrheitlich deutschsprachigen Länder Österreich und Schweiz. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) wandelte sich in den 1980er Jahren von einer zentristischen Bauernpartei in eine rechtspopulistische Partei. Dieser Wandel brachte ihr großen Erfolg bei den Wählern. Gewann die Partei in den 1980er Jahren jeweils noch um die 11 Prozent Wählerstimmen, erreichte sie Ende der 1990er Jahre bereits über 20 Prozent. Mit 29 Prozent Wähleranteil bei den Nationalratswahlen 2015 ist die SVP mittlerweile die klar größte Partei in der Schweiz. Im Gegensatz zur SVP hat die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) eine lange Geschichte als rechtspopulistische Partei. Ähnlich wie der SVP gelang ihr aber erst in den 1990er Jahren der Durchbruch in der Wählergunst. Ihr bestes Ergebnis erreichte sie 1994 mit 22,5 Prozent Wählerstimmen. Nach einem zwischenzeitlichen Popularitätsverlust kann sie mittlerweile wieder breite Bevölkerungsschichten mobilisieren. Mit fast 21 Prozent Wähleranteil lag die FPÖ bei den letzten Nationalratswahlen 2013 nur knapp hinter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP, knapp 27 Prozent) und den Sozialdemokraten der SPÖ (24 Prozent).

In vielen anderen westeuropäischen Ländern erfolgte der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien später und ist teilweise weniger ausgeprägt. Mit Ausnahme der iberischen Halbinsel hat er sich mittlerweile dennoch in fast allen Ländern ausgebreitet. In Osteuropa wiederum gehören rechtspopulistische Parteien seit dem Ende des Kommunismus zum Mainstream des Parteiensystems. Erklärt wird dies unter anderem durch das nationalistische „Revival“ im Zuge der erlangten nationalen Unabhängigkeit und der vom Kommunismus herrührenden Abneigung gegenüber politischen Eliten (Mudde 2000).

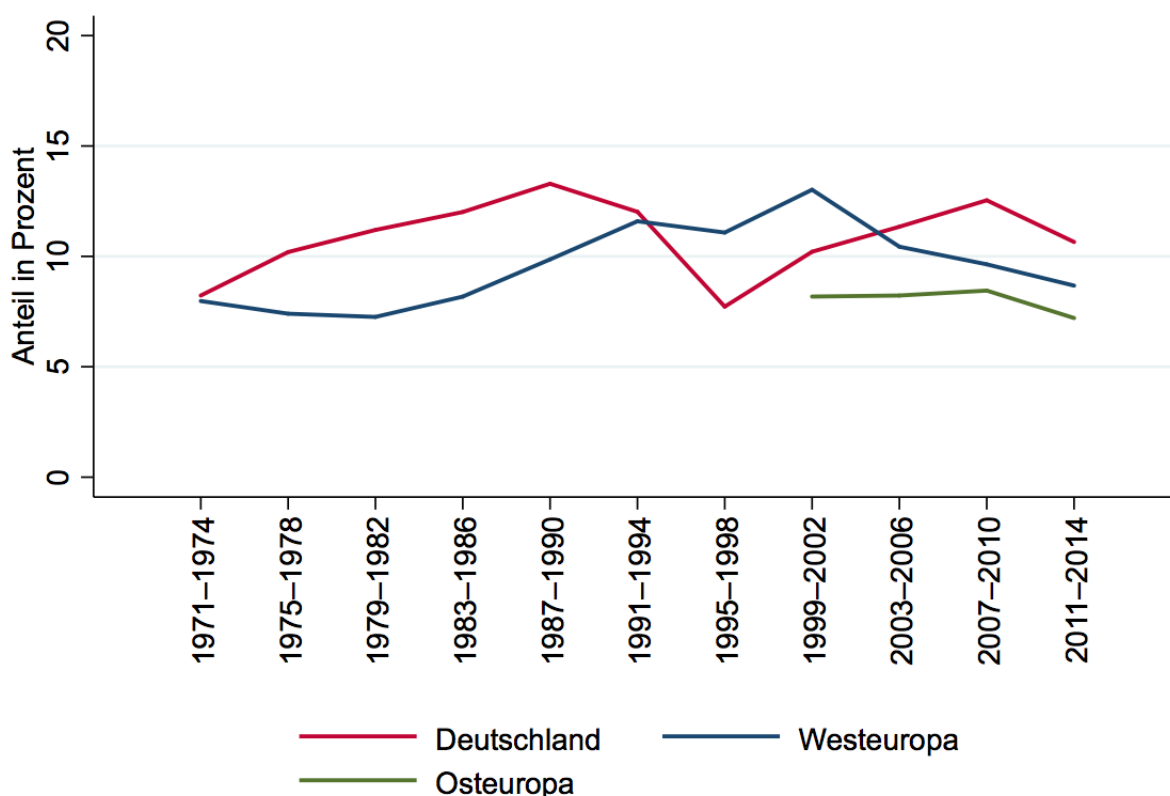
Der Rechtspopulismus in Deutschland ist hingegen ein neues Phänomen. Mit der Partei Rechtsstaatlicher Offensive („Schill-Partei“) und den Freien Wählern Deutschland (FWD) mag es zwar Vorläufer zur AfD geben. Aber erst diese schaffte es, den Rechtspopulismus in Deutschland zu einem nationalen Phänomen zu machen. Die AfD konnte in kurzer Zeit große Wahlerfolge erzielen. Im Jahr ihrer Gründung 2013 erreichte die Partei bei der im Herbst stattfindenden Bundestagswahl einen Wähleranteil von 4,7 Prozent. Bei der Europawahl 2014 gewann sie bereits 7,4 Prozent und damit erste EU-Parlamentssitze. Ab 2014 zog die AfD in alle Landesparlamente ein, für die sie sich zur Wahl stellte. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erreichte sie sogar Wähleranteile von über 20 Prozent.

Wie haben sich die Bedeutung von Globalisierungsthemen und die Positionen der Parteien dazu entwickelt? Im Folgenden analysieren wir die Präsenz von Globalisierungsthemen für die deutschen Parteien sowie deren Positionen im zeitlichen und internationalen Vergleich. Abbildung 1 zeigt die durchschnittliche Anzahl der Positionsbezüge zu europäischer Integration, internationaler Zusammenarbeit und Multikulturalismus in den deutschen Parteien über die Zeit. Für den internationalen Vergleich wurden verschiedene Zeitperioden gebildet. Anhand der Abbildung wird deutlich, dass in den deutschen Parteiprogrammen das Thema nationalstaatliche Öffnung und Abgrenzung von den 1970er Jahren bis zur deutschen Wiedervereinigung stetig an Bedeutung gewonnen hat. In den 1990er Jahren verlor das Thema für die Parteiprogrammatik an Bedeutung. Erst seit den 2000er Jahren äußerten die deutschen Parteien wieder mehr Worte zu nationalstaatlicher Abgrenzung und Öffnung.

Interessanterweise war das Thema bei den Wahlen 2009, also noch vor der Eurokrise, in Parteiprogrammen präsenter als bei den Wahlen 2013.

Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten ist die Thematik bei den deutschen Parteien etwas präsenter. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern ist der Unterschied zwar nicht ausgeprägt, doch war die Dynamik eine andere. Denn in anderen Staaten Westeuropas erhielt das Thema von den Parteien in den 1990er Jahren am meisten Aufmerksamkeit. In den osteuropäischen Staaten wird die Thematik von den Parteien leicht weniger häufig aufgegriffen. Insgesamt gibt es keinen klaren historischen Trend, weder für Deutschland noch für Europa als Ganzes.

Abbildung 1: Positionsbezüge zu nationalstaatlicher Öffnung gegenüber Abschottung in Parteiprogrammen, Durchschnitt aller Parteien

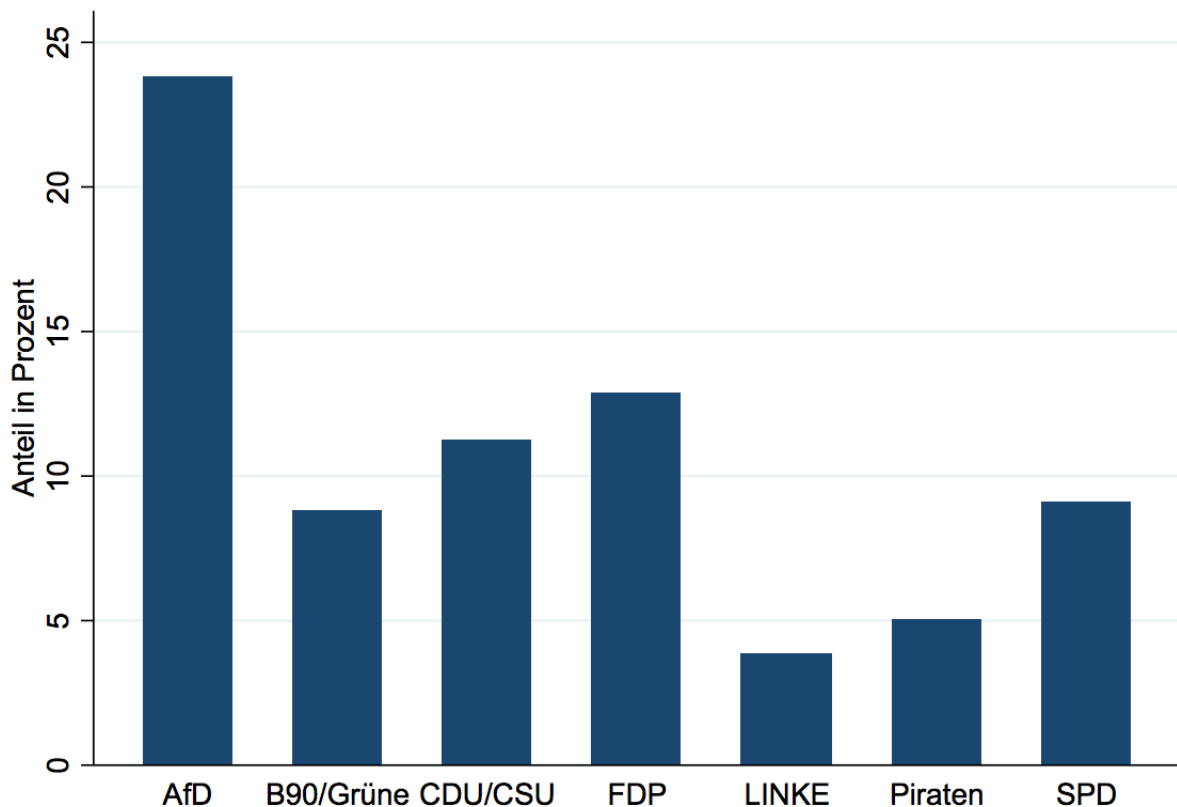


Quelle: Eigene Bearbeitung

Angesichts der 2009 ausgebrochenen Eurokrise und des damit verbundenen Aufstiegs der AfD erstaunt es, dass nationalstaatliche Öffnung und Abgrenzung nicht bei den letzten Bundestagswahlen von den Parteien am meisten Aufmerksamkeit erhielt. Ein Grund dafür könnte sein, dass Parteien vor allem jene Themen in den Vordergrund rücken, bei welchen sie „Themenführerschaft“ beanspruchen können. Vor der Bundestagswahl 2013 war dies zum Beispiel Umweltpolitik für die Grünen, Bildungs- und Familienpolitik für die SPD und Wirtschaftspolitik für die CDU (Horstmann, Thalmann und Zillmer 2015: 109). Nur die AfD

versuchte sich mit Bezug auf ihre Kritik an Euro und Einwanderung zu profilieren. Abbildung 2 zeigt dies deutlich. So ging es bei der AfD bei beinahe einem Viertel der Positionsbezüge um nationalstaatliche Abgrenzung. Dies ist mehr als doppelt so viel wie im Durchschnitt bei den anderen Parteien.

Abbildung 2: Positionsbezüge zu Öffnung versus Abgrenzung in Parteiprogrammen bei der Bundestagswahl 2013



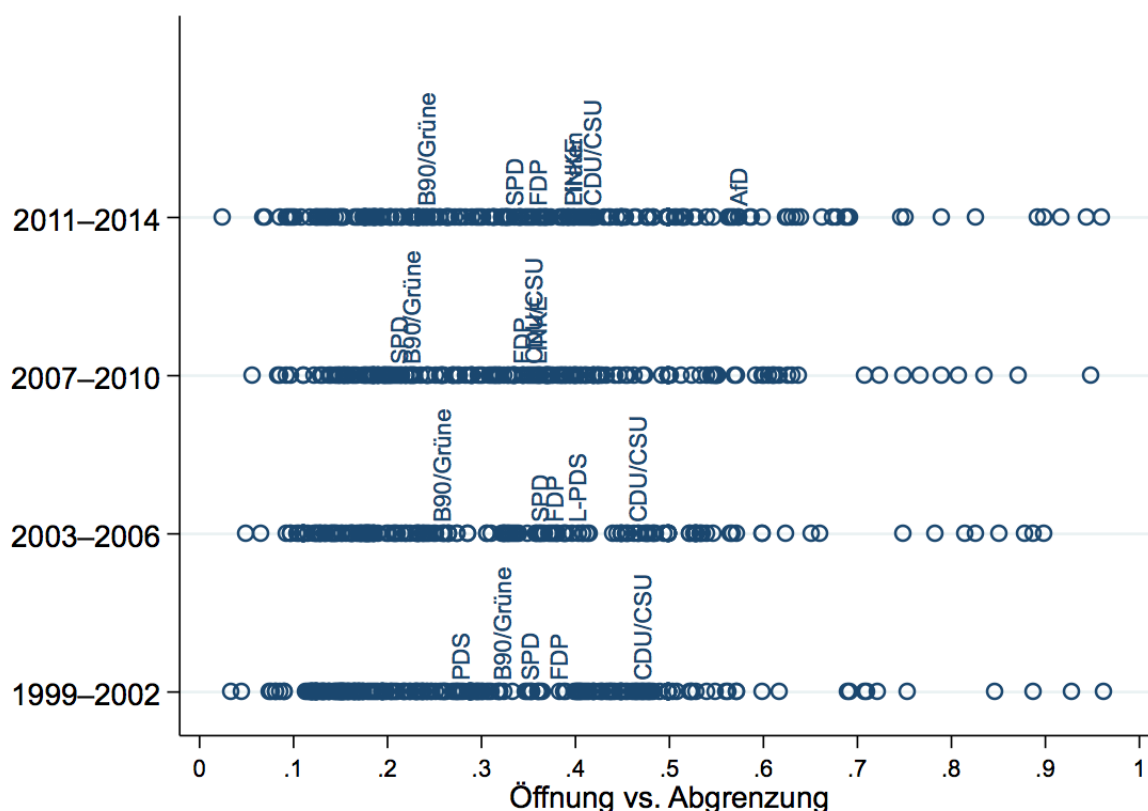
Quelle: Eigene Bearbeitung

Die AfD unterscheidet sich bekanntlich nicht nur in der Intensität, mit welcher sie Globalisierungsthemen aufgreift, von den anderen Parteien, sondern auch in ihrer Positionierung. Abbildung 3 zeigt die Parteipositionen mit Bezug auf Öffnung gegenüber Abgrenzung seit 1999 im historischen und europäischen Vergleich. Jeder Datenpunkt zeigt die Position einer Partei eines EU-Mitgliedslandes. Die Parteipositionen der deutschen Parteien sind zusätzlich beschriftet. Es wurden alle nationalen Parlamentswahlen zwischen 1999 und 2014 berücksichtigt. Für die deutschen Parteien umfasst der Vergleich die Wahlprogramme für die Bundestagswahlen 2002, 2005, 2009 und 2013.

In der Abbildung 3 wird deutlich, dass die deutschen Parteien mit Vertretung im Bundestag nationalstaatlicher Öffnung allgemein positiv gegenüber stehen. In der Tendenz sind Bündnis '90/Die Grünen auf Öffnung am positivsten und CDU/CSU am negativsten eingestellt. Der Umstand, dass die Parteien auf der Skala relativ nahe beieinander liegen und dass sich die Reihenfolge von Wahl zu Wahl etwas ändert, weist darauf hin dass die Parteien verschiedene Aspekte nationalstaatlicher Öffnung unterschiedlich bewerten. So sind zum Beispiel

sowohl FDP und die LINKE der europäischen Integration gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt, doch unterscheiden sie sich darin, welche Politikfelder sie gerne stärker oder weniger stark integriert sähen.

Abbildung 3: Parteipositionen deutscher Parteien im zeitlichen und europäischen Vergleich, 1999–2014



Quelle: Eigene Bearbeitung

Der Vergleich mit der AfD bei den Bundestagswahlen zeigt deutlich, dass sich erst mit ihrem Erfolg ganz grundsätzliche Unterschiede in der Positionierung der Parteien auftun. Die AfD ist die einzige Partei, welche nationalstaatlicher Öffnung gegenüber überwiegend negativ eingestellt ist. Zumindest bis zu den Bundestagswahlen 2013 gehörte die AfD unter den rechtspopulistischen Parteien Europas noch eher zu den gemäßigten. Hier gilt es zu bemerken, dass bei der Ausformulierung für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 innerhalb der Partei noch ein gemäßigter Flügel um Parteigründer Bernd Lucke einflussreich war. Dies änderte sich 2015, als sich der von Parteigründer Lucke ins Leben gerufene Verein Weckruf abgespaltete. Der Führungswechsel der Partei im Juli 2015 wird allgemein als Rechtsruck und Sieg des nationalistischen über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel eingestuft.

Der Vergleich mit den anderen EU-Ländern zeigt, dass in vielen anderen Ländern (z. B. Dänemark, Frankreich, Niederlande und Österreich) bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Partei mit einer Präferenz für Abgrenzung im Parteiensystem zu finden war. Mit dem Erstar-

ken der AfD hat sich das deutsche Parteiensystem also etwas „europäisiert“. Auch der Umstand, dass der Gegenpol gegenüber der heutigen AfD als nationalistischer Partei mit dem Bündnis '90/Die Grünen eine Partei der „neuen Linken“ einnimmt, entspricht der Situation in vielen westeuropäischen Ländern. Dies trifft wiederum auch auf die Schweiz und Österreich zu. Eine ähnliche Konstellation findet sich aber auch in den Niederlanden und Frankreich (Kriesi et al. 2008). Es ist insofern nicht überraschend, da diese „neuen“ linken Parteien aus sozialen Bewegungen entstanden, welche vor allem mit ihrem kulturell progressiven Profil mobilisierten.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass es historisch gesehen in Deutschland keinen klaren Trend hin zu einer stärkeren Präsenz der Thematik um nationalstaatliche Öffnung und Abgrenzung gibt. Dieser Themenkomplex war bereits bei der deutschen Wiedervereinigung von großer Bedeutung. Auch unterscheidet sich die Thematisierung von Öffnung gegenüber Abgrenzung im Durchschnitt nicht groß von anderen westeuropäischen Ländern. Allerdings war die Dynamik in Deutschland eine andere. Während in anderen westeuropäischen Ländern das Thema vor allem in den 1990er Jahren aufkam, erreichte es in Deutschland vor der Wiedervereinigung und seit den 2000er Jahren die größte Bedeutung. Dieser Unterschied in der Dynamik kann möglicherweise erklären, weshalb in Deutschland erst bei den Bundestagswahlen 2013 eine rechtskonservative Partei einen Wähleranteil nahe der Fünfprozenthürde erreicht hat. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern wurde in den 1990er Jahren in Deutschland vor allem über Wirtschafts- und Sozialpolitik debattiert, bei welcher die historischen Parteien Themenführerschaft beanspruchen können (Dolezal 2008). Dies wiederum kann teilweise erklären, weshalb die rechtskonservative Partei AfD, die viel mehr als die anderen Parteien auf die Thematik um nationale Öffnung gegenüber Abgrenzung setzt, erst in jüngster Vergangenheit Wahlerfolge erringen kann.

Der Umstand, dass die Parteien erst in den letzten Jahren wieder vermehrt nationalstaatliche Abgrenzung und Öffnung ins Zentrum ihrer Programmatik rücken, muss aber nicht bedeuten, dass dieses Thema die Bevölkerung nicht schon vorher beschäftigte. Dominante Parteien können über einen bestimmten Zeitraum Themen, die sie nicht auf der Agenda haben möchten, ignorieren, ohne dass ihnen automatisch Konkurrenz erwächst. Zeigen sie sich über einen langen Zeitraum jedoch als nicht responsiv, kann dies zum Aufstieg einer Neupartei führen, die politische Einstellungen vertritt, die von breiten Teilen der Bevölkerung eingenommen, von den etablierten Parteien aber nicht aufgegriffen werden. Hinweise darauf, ob dies im Falle der AfD geschehen ist, kann uns ein Blick auf die Einstellungen der Bevölkerung im nächsten Kapitel geben.

4 Wählerpräferenzen zu Globalisierungsthemen

Kann das Aufkommen des Rechtspopulismus in Deutschland auf eine Änderung in der Problemwahrnehmung und den Einstellungen der Bevölkerung zurückgeführt werden? Oder gibt es unter der deutschen Wählerschaft schon lange eine Nachfrage nach einer Partei, welche die nationalstaatliche Abgrenzung der Öffnung gegenüber klar vorzieht, und müssen daher andere Gründe für den Wahlerfolg der AfD gesucht werden? Um diese Fragen zu beantworten, müssen die Einstellungen der deutschen Wahlbevölkerung in einem historischen Kontext betrachtet werden. Im Folgenden stellen wir daher die Einstellungen der deutschen Wahlbevölkerung zu Migration und supranationaler Integration in einer langfristigen Perspektive dar. Um zu untersuchen, weshalb in Deutschland nicht schon in den 1990er Jahren eine rechtspopulistische Partei ähnliche Wahlerfolge wie die AfD erzielen konnte, stellen wir diese ebenfalls Länder vergleichend dar.⁴

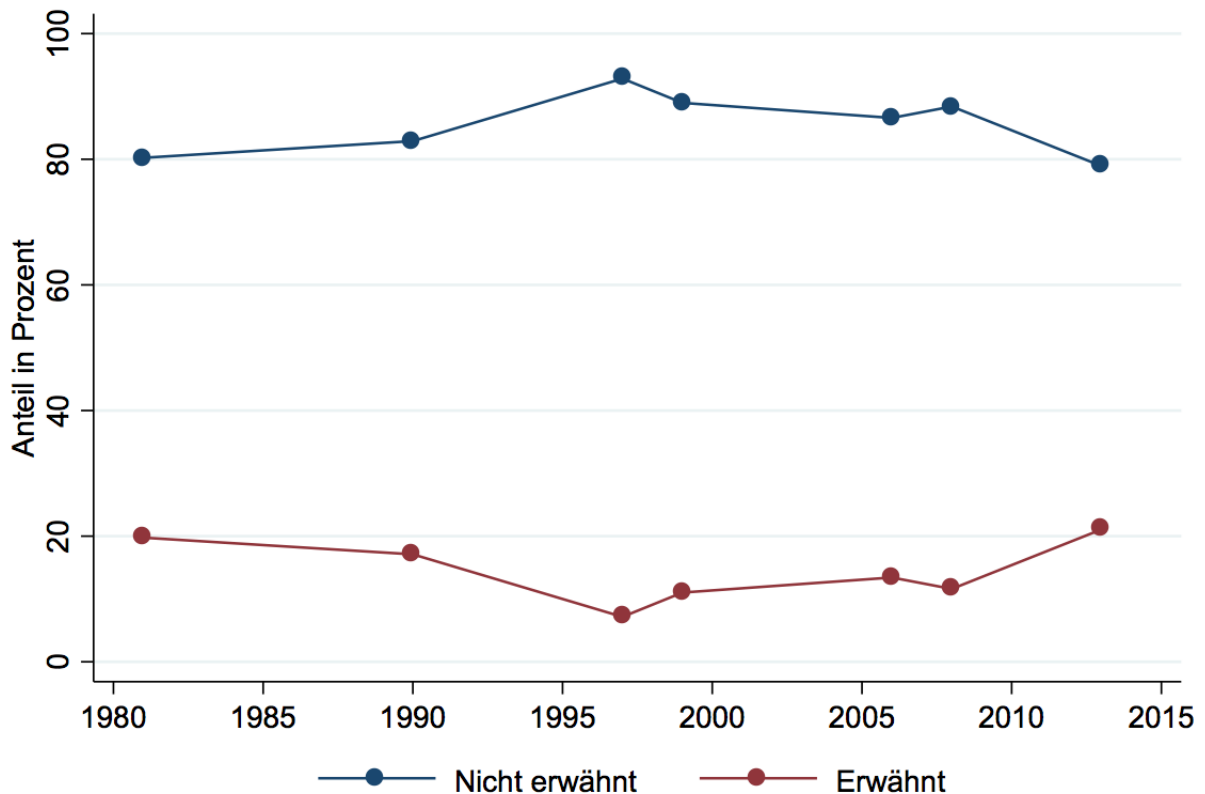
Im Frühling 2016 sorgte der AfD-Politiker Alexander Gauland mit folgender Aussage in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für heftige Debatten: „Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.“ Die Bemerkung war eine Beleidigung gegen den deutschen Nationalspieler Jérôme Boateng und implizierte, Deutsche hätten grundsätzlich etwas gegen Menschen mit Migrationshintergrund oder einer anderen Hautfarbe. Die Öffentlichkeit reagierte empört auf diese Aussage, denn sie machte die Vorurteile des AfD-Politikers offensichtlich. Weil die Frage, wen man nicht als Nachbarn wünscht, Vorurteile auf den Punkt bringt, ist sie eine beliebte Frage zur Untersuchung von Einstellungen gegenüber Einwanderern und anderen sozialen Gruppen.

Die Frage, wen man nicht als Nachbarn wünscht, wurde seit 1981 zu mehreren Zeitpunkten im World Values Survey und der European Values Study befragt. Abbildung 4 zeigt für Deutschland den Anteil Befragter, der angab, Einwanderer beziehungsweise ausländische Arbeiter nicht als Nachbarn haben zu wollen. Die Grafik zeigt, dass zwischen 1981 und 2013 im Durchschnitt zwischen 15 und 20 Prozent der Befragten keine Einwanderer als Nachbarn haben wollen. Die beiden Zeitpunkte, zu welchen der höchste Anteil an Befragten angab, keine Einwanderer als Nachbarn haben zu wollen, waren 1981 und 2013. Zu beiden Zeitpunkten waren es etwa 20 Prozent. Von 1981 bis 1997 sank der Anteil allerdings auf deutlich unter 10 Prozent. Erst seit Ende der 2000er Jahre stieg dieser Anteil wieder deutlich an.

Doch wie ist dieser Anteil an Personen mit negativen Vorurteilen gegenüber Einwanderern einzuordnen? Dazu kann ein Ländervergleich helfen. Abbildung 5 zeigt den Anteil von Personen, der keine Einwanderer als Nachbarn haben möchte, im europäischen Vergleich. Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 2010 und 2014. Die Abbildung zeigt, dass der Anteil Deutscher, der sich keine Einwanderer als Nachbarn wünscht, etwas unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Auffallend ist außerdem, dass der Bevölkerungsanteil mit Vorurteilen gegenüber Einwanderern in Osteuropa höher ist als in Westeuropa. Zu den Ländern mit dem geringsten Anteil gehören vor allem nordische und südeuropäische Länder. Aber auch westeuropäische Länder mit starken rechtspopulistischen Parteien, wie die Schweiz und Frankreich, gehören dazu. Dies weist darauf hin, dass auch in Deutschland das Reservoir an Vorurteilen gegenüber Einwanderern groß genug ist, um politisch mobilisiert zu werden.

⁴ Zwischen 1989 und 1996 konnten *Die Republikaner* mehrere Wahlerfolge feiern. Sie erreichte aber bei Weitem nicht jene Wähleranteile, welche die AfD seit 2013 erzielt hat.

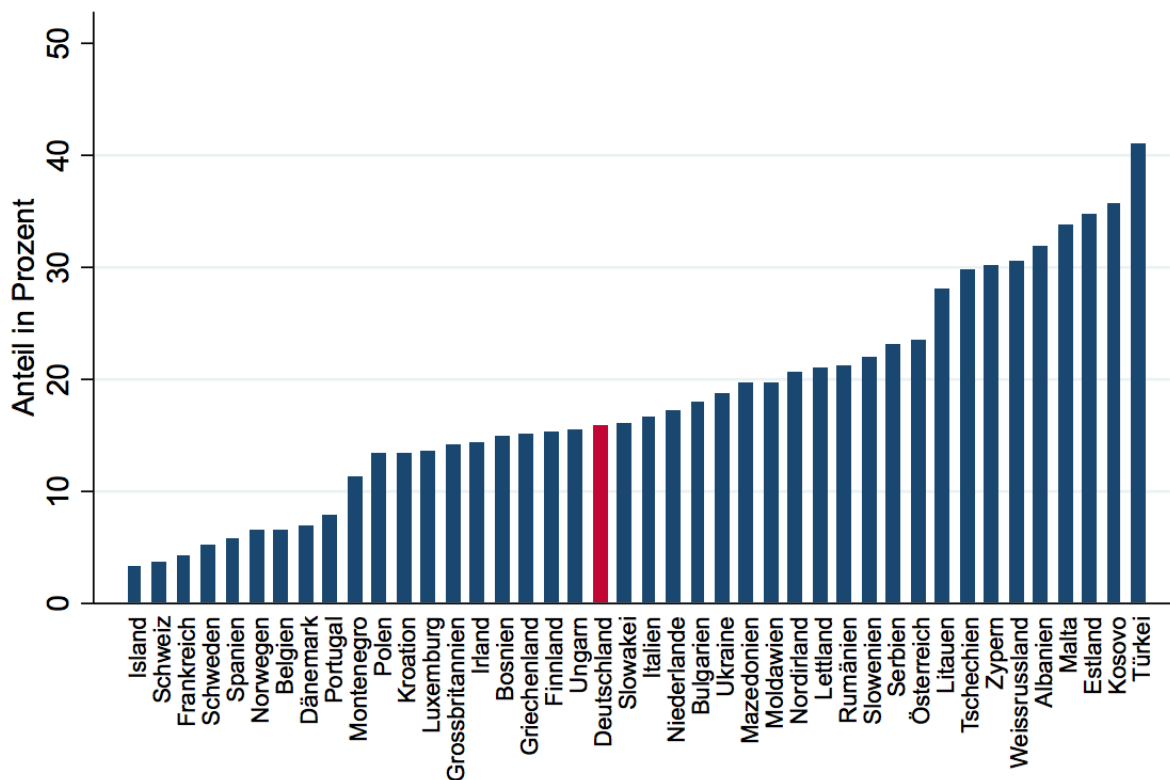
Abbildung 4: Deutscher Bevölkerungsanteil, welcher (nicht) erwähnt „Ausländer“ oder „Gastarbeiter“ als Nachbarn haben zu wollen, 1981–2013



Quelle: Eigene Bearbeitung

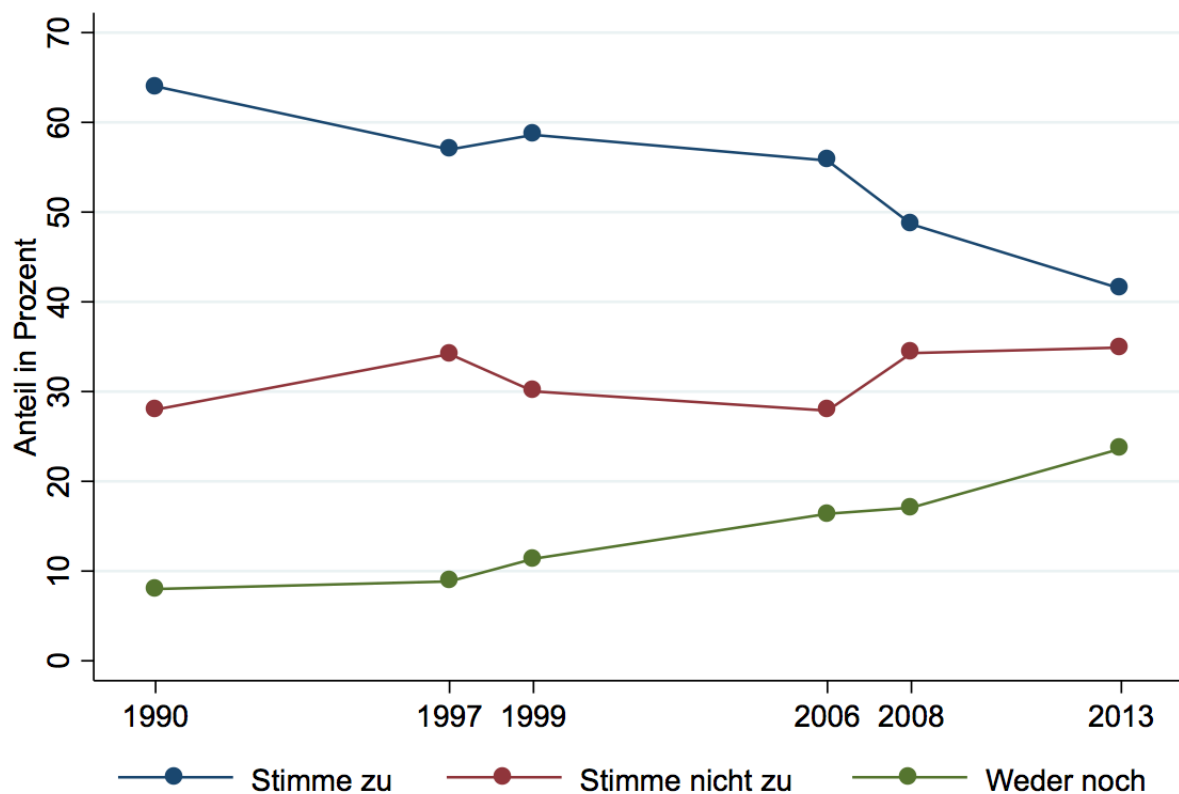
Neben der Frage nach den Nachbarn wurden in denselben Umfragen die Einstellungen zu einem Vorrang für Inländer gegenüber Ausländern auf dem Arbeitsmarkt gemessen. Gefragt wurde, ob Arbeitgeber Deutschen den Vorzug geben sollten, wenn die Arbeitsplätze knapp sind. Die Daten sind vorhanden für sechs Zeitpunkte zwischen 1990 und 2013. Abbildung 5 zeigt, dass im gesamten Zeitraum die Mehrheit für eine Bevorzugung von deutschen Staatsangehörigen gegenüber Ausländern zugestimmt hat. Seit 1990 ist die Zustimmung jedoch deutlich zurückgegangen. Während sich 1990 noch 64 Prozent der Befragten für eine Bevorzugung der Inländer auf dem Arbeitsmarkt ausgesprochen hat, waren es 2013 nur noch 43 Prozent. Diese Abnahme an ablehnenden Einstellungen gegenüber Ausländern steht im Kontrast zu obigem Resultat, welches eher auf Stabilität von ausländerfeindlichen Einstellungen hindeutet. Sie stimmt aber mit den Resultaten anderer Studien überein, welche auch Daten der letzten Jahren untersuchten und ebenfalls eine Abnahme an Fremdenfeindlichkeit seit den frühen 2000er Jahren konstatieren (Decker u. a. 2016, 45; Zick, Küpper und Krause 2016, 50).

Abbildung 5: Bevölkerungsanteil, welcher erwähnt, "Ausländer" oder „Gastarbeiter“ nicht als Nachbarn haben zu wollen, Deutschland im europäischen Vergleich, 2010–2014



Quelle: Eigene Bearbeitung

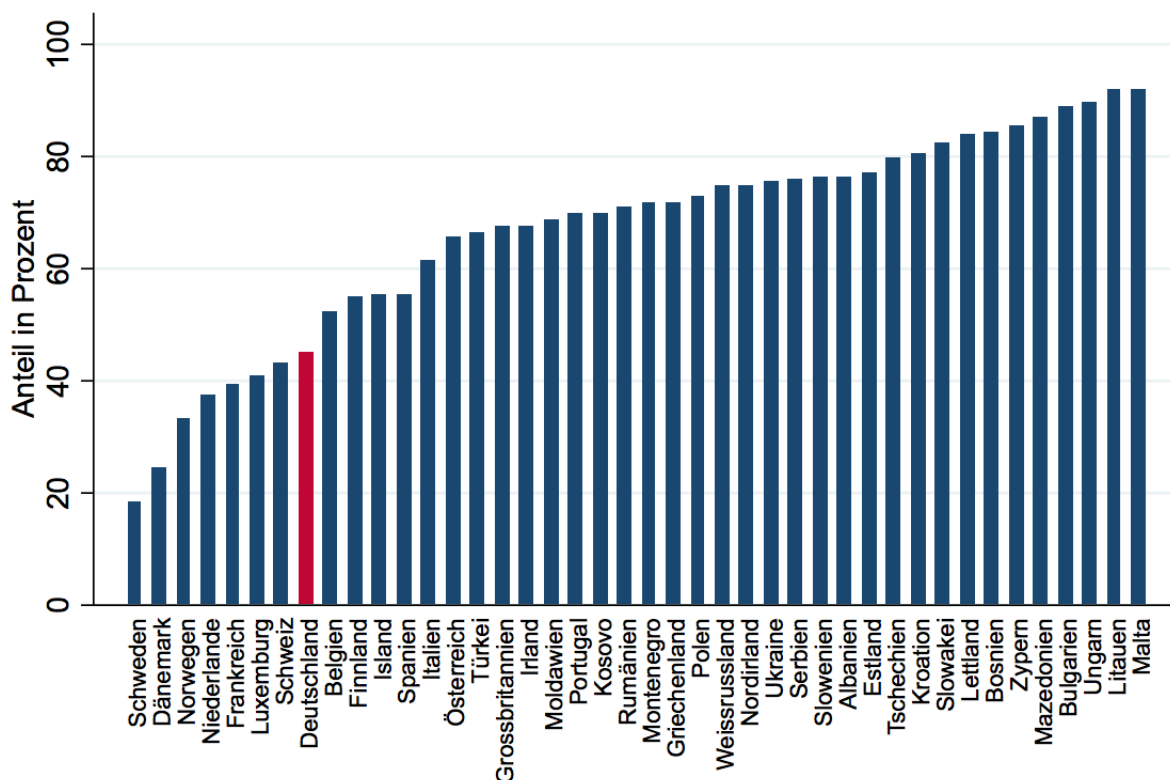
Abbildung 6: Bei Jobknappheit sollten Arbeitgeber Inländern Vorrang geben, Deutschland 1990–2013



Quelle: Eigene Bearbeitung

Eine relative Mehrheit der Deutschen befürwortet also bei Jobknappheit eine Besserstellung der Inländer auf dem Arbeitsmarkt. Ist dies auch im Vergleich mit anderen Ländern viel oder entspricht dies dem europäischen Durchschnitt? Abbildung 7 zeigt den Anteil der Personen, welche bei einem angespannten Arbeitsmarkt möchten, dass die Arbeitgeber den Inländern den Vortritt geben. Diese Werte stammen aus den Jahren 2010 bis 2014. Die Abbildung zeigt, dass der Anteil Deutscher, welcher eine Bevorzugung der Inländer auf dem Arbeitsmarkt will, deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Allerdings liegt Deutschland unter den westeuropäischen Ländern etwa im Mittelfeld. Denn auch diesmal gibt es einen klaren Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa, wobei die ablehnenden Einstellungen gegenüber Ausländern in Osteuropa deutlich stärker verbreitet sind. Insgesamt ist der Bevölkerungsanteil, welcher sich bei Jobknappheit für eine Bevorzugung von inländischen Arbeitskräften gegenüber Ausländern ausspricht, in sieben Ländern geringer. Darunter sind zum Beispiel die Nachbarstaaten Dänemark, Frankreich, Niederlande und Schweiz, allesamt Länder mit sehr wählerstarken rechtspopulistischen Parteien. Dies zeigt, dass selbst in den Ländern mit den geringsten Zustimmungsraten das Potenzial für eine bedeutende rechtspopulistische Partei vorhanden ist.

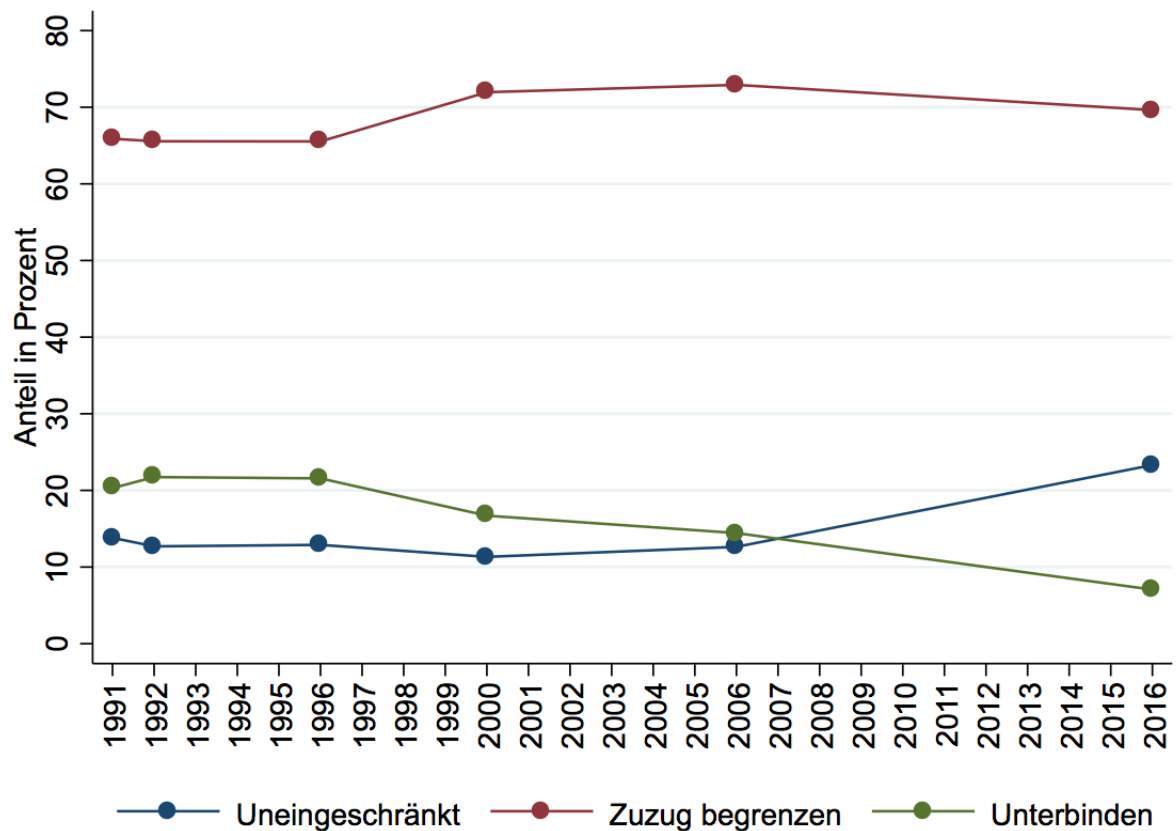
Abbildung 7: Bei Jobknappheit sollten Arbeitgeber Inländern Vorrang geben, Deutschland im europäischen Vergleich



Quelle: Eigene Bearbeitung

Eine weitere Frage, welche es erlaubt, Einstellungen gegenüber Einwanderern zu messen, ist jene nach der Beschränkung der Zuwanderung. Im *Allbus* wird seit Anfang der 1990er für verschiedene Einwanderungsgruppen gefragt, ob deren Zuzug uneingeschränkt sein, eingeschränkt oder ganz unterbunden werden sollte. Abbildung 8 zeigt die entsprechenden Antworten für die deutsche Wohnbevölkerung mit Bezug auf Asylsuchende zwischen 1991 und 2016. Über den ganzen Zeitraum spricht sich eine Mehrheit von durchschnittlich etwa 70 Prozent der Bevölkerung für eine Begrenzung der Einwanderung von Asylsuchenden aus. Nur eine Minderheit befürwortet hingegen eine völlige Unterbindung von deren Einwanderung bzw. eine uneingeschränkte Aufnahme. Dabei hat sich vor allem im Vergleich von 2006 zu 2016 der Anteil derer, welche für eine uneingeschränkte Aufnahme sind, deutlich vergrößert.

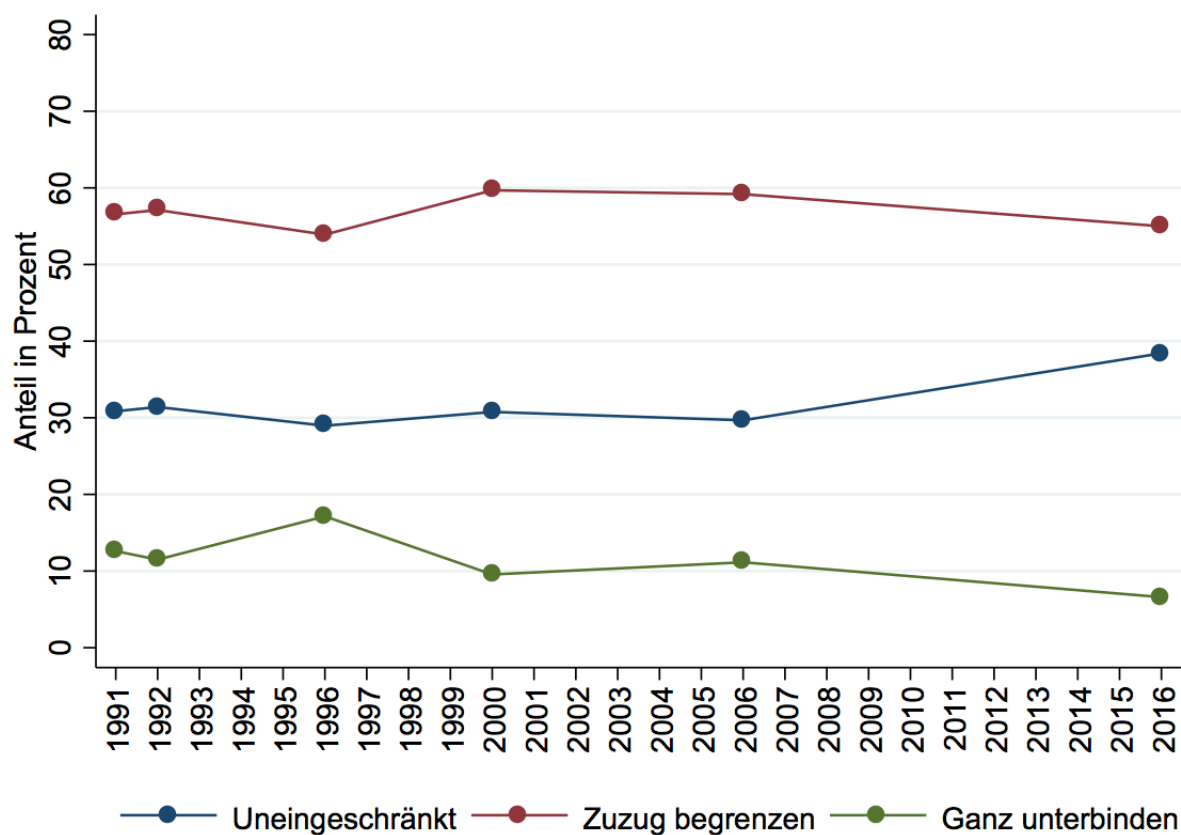
Abbildung 8: Einstellungen gegenüber Einwanderung von Asylsuchenden, Deutschland 1991–2016



Quelle: Eigene Bearbeitung

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Einstellungen gegenüber Arbeitern aus der Europäischen Union betrachtet (Abbildung 9). Auch hier spricht sich über den ganzen Zeitraum eine Mehrheit für eine Begrenzung der Zuwanderung aus. Allerdings ist mit Bezug auf diese Gruppe der Anteil derer, welche eine uneingeschränkte Einwanderung erlauben wollen, deutlich höher. So lag er zwischen 1991 und 2006 konstant bei etwa 30 Prozent, erhöhte sich in den letzten zehn Jahren aber auf 40 Prozent. Im Gegensatz hat der Bevölkerungsanteil, welcher den Zuzug von EU-Arbeitern ganz unterbunden haben möchte, über die Zeit abgenommen.

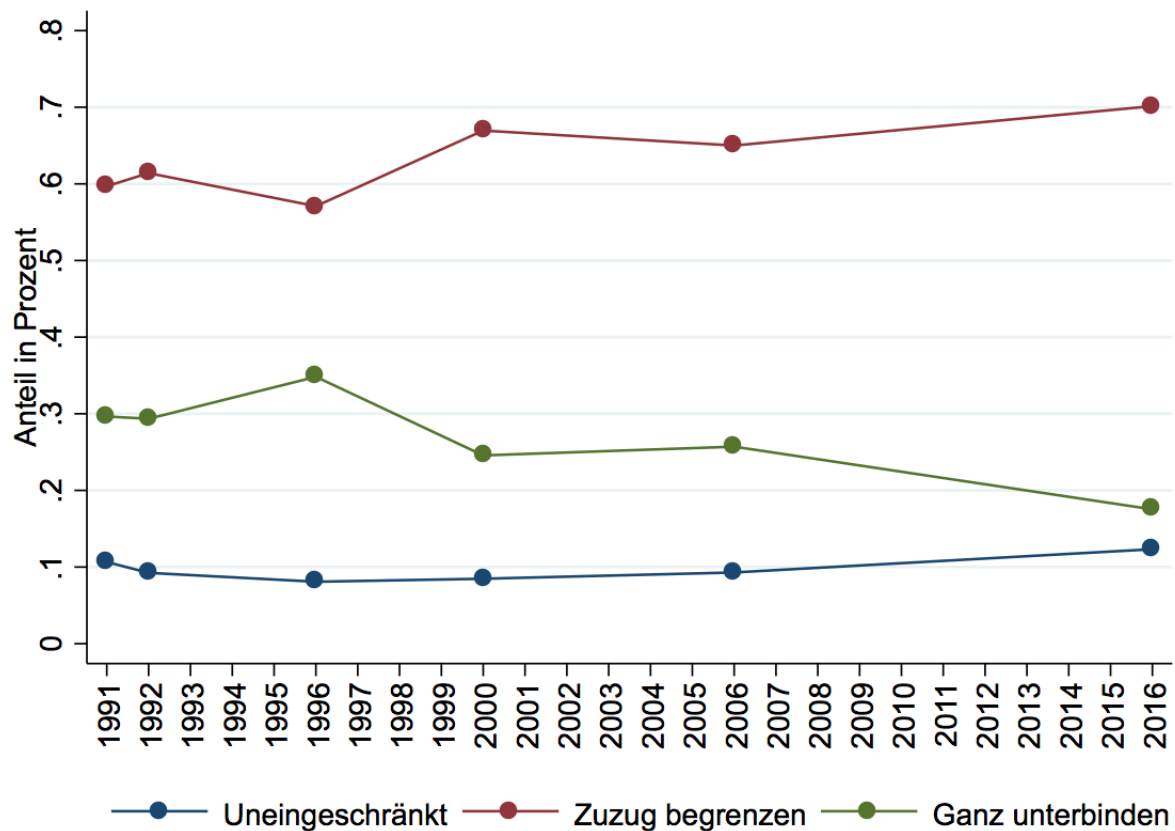
Abbildung 9: Einstellungen gegenüber Einwanderung von Arbeitnehmern aus der Europäischen Union, Deutschland 1991–2016



Quelle: Eigene Bearbeitung

Ein positiver Trend hin zu positiven Einstellungen gegenüber Einwanderung kann auch für Arbeiter aus Nicht-EU-Staaten beobachtet werden (Abbildung 10). Auch hier spricht sich über den ganzen Zeitraum eine Mehrheit für eine beschränkte Zuwanderung aus. Die zweitgrößte Gruppe sind nun jene, welche den Zuzug von Arbeitern aus dem Ausland ganz unterbunden haben möchten. Allerdings hat sich dieser Anteil seit den 1990er Jahren stark verringert. Während 1991 noch ein Drittel der deutschen Bevölkerung der Ansicht war, dass keine Arbeiter von außerhalb der EU einwandern dürfen sollten, lag dieser Anteil 2016 unter 20 Prozent.

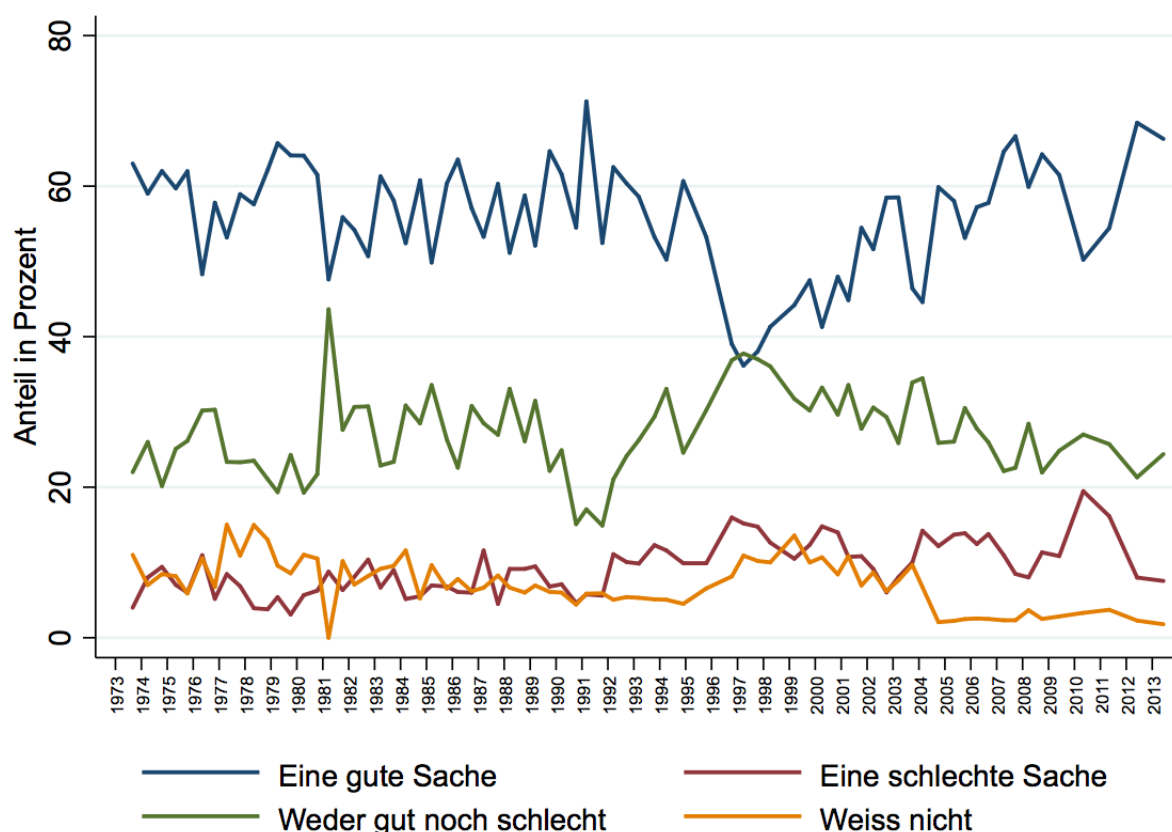
Abbildung 10: Einstellungen gegenüber Einwanderung von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten, Deutschland 1991–2016



Quelle: Eigene Bearbeitung

Für die Erfassung der Einstellungen zu nationalstaatlicher Abgrenzung bzw. Öffnung ist neben der Migration auch die Zustimmung zu supranationaler Integration von großer Bedeutung. Da der Eurobarometer in sehr regelmäßigen Abständen seit 1973 die Bevölkerung der Mitgliedsländer nach ihrer Einstellung zur EU Mitgliedschaft befragt, sind hier sehr aussagekräftige Daten vorhanden. Abbildung 11 zeigt die Bevölkerungsanteile gemäß den verschiedenen Antwortkategorien für Deutschland über die Zeit. Während der letzten 40 Jahre erhielt die Mitgliedschaft in der europäischen Union großen Zuspruch. Über die Hälfte der Befragten hat sich demnach positiv zur Mitgliedschaft geäußert und bloß etwa 10 Prozent waren negativ eingestellt. Der Anteil jener, welche die Mitgliedschaft positiv sah, ist dabei nur in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf unter 50 Prozent gesunken. Selbst seit dem Ausbruch der Eurokrise ist die Zustimmung nicht unter 50 Prozent gefallen. Zwar hat sich 2010 der Anteil jener, welche die Mitgliedschaft negativ beurteilen, rasant erhöht. Zwischen 2012 und 2013 hat er sich wieder ebenso deutlich verringert. Gleichzeitig hat der Bevölkerungsanteil, welcher die EU-Mitgliedschaft „eine gute Sache“ findet, mit deutlich über 60 Prozent einen Spitzenwert erreicht.

Abbildung 11: Einstellungen zur Mitgliedschaft in der EU, Deutschland 1973–2013

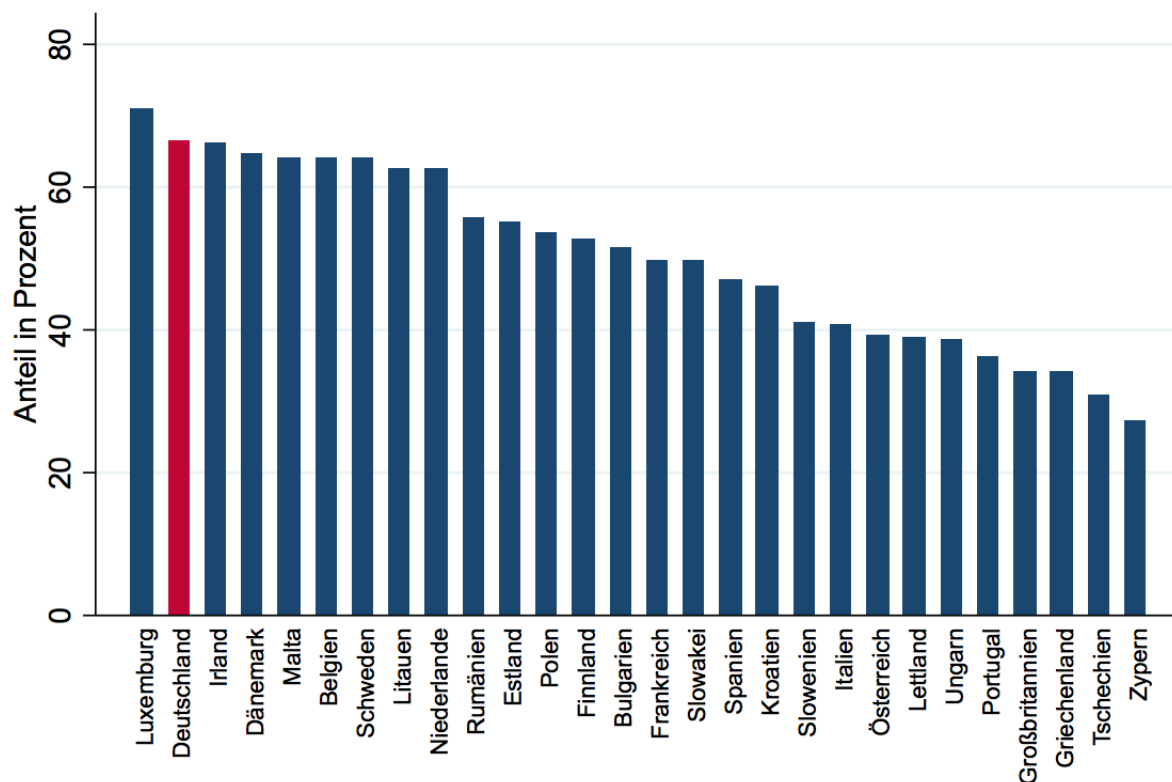


Quelle: Eigene Bearbeitung

Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist auch im europäischen Vergleich überdurchschnittlich. Abbildung 12 zeigt für alle EU-Staaten den Bevölkerungsanteil, der die Mitgliedschaft für eine gute Sache hält. Nach Luxemburg liegt Deutschland an der Spitze jener Länder, welche die Mitgliedschaft befürworten. Er unterscheidet sich damit deutlich von EU-kritischen Ländern wie dem Nichtmitglied Großbritannien oder Ungarn. Mit der relativ hohen Zustimmung zur EU scheint sich Deutschland etwas von den Ländern mit hohen Wähleranteilen rechtspopulistischer Parteien zu unterscheiden. Allerdings ist auch in Dänemark und den Niederlanden die Zustimmung zur EU recht groß, was Wahlerfolgen der rechtspopulistischen dänischen Volkspartei und der niederländischen „Partei für die Freiheit“ keinen Abbruch zu tun scheint.

Insgesamt kann konstatiert werden, dass es in Deutschland bereits zu früheren Zeitpunkten eine Nachfrage nach restriktiver Einwanderungspolitik gab. Im westeuropäischen Vergleich liegen die Deutschen in ihrer Einstellung gegenüber Einwanderung etwa im Mittelfeld. Im Unterschied zu anderen Ländern waren die Deutschen ihrer Mitgliedschaft der EU gegenüber aber immer sehr positiv eingestellt. Und auch im Zuge der Eurokrise gehörte Deutschland zu jenen Ländern, welche der EU eher positiv gegenüberstanden. Aufgrund der positiven Haltung gegenüber der EU war und ist das Potenzial für eine rechtskonservative Partei tatsächlich etwas kleiner als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern. Der Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern zeigt aber, dass das Potenzial für eine rechtspopulistische Partei mittlerer Größe langfristig vorhanden ist.

Abbildung 12: Bevölkerungsanteil, welcher EU Mitgliedschaft „eine gute Sache“ findet, Deutschland im europäischen Vergleich, Juni 2013



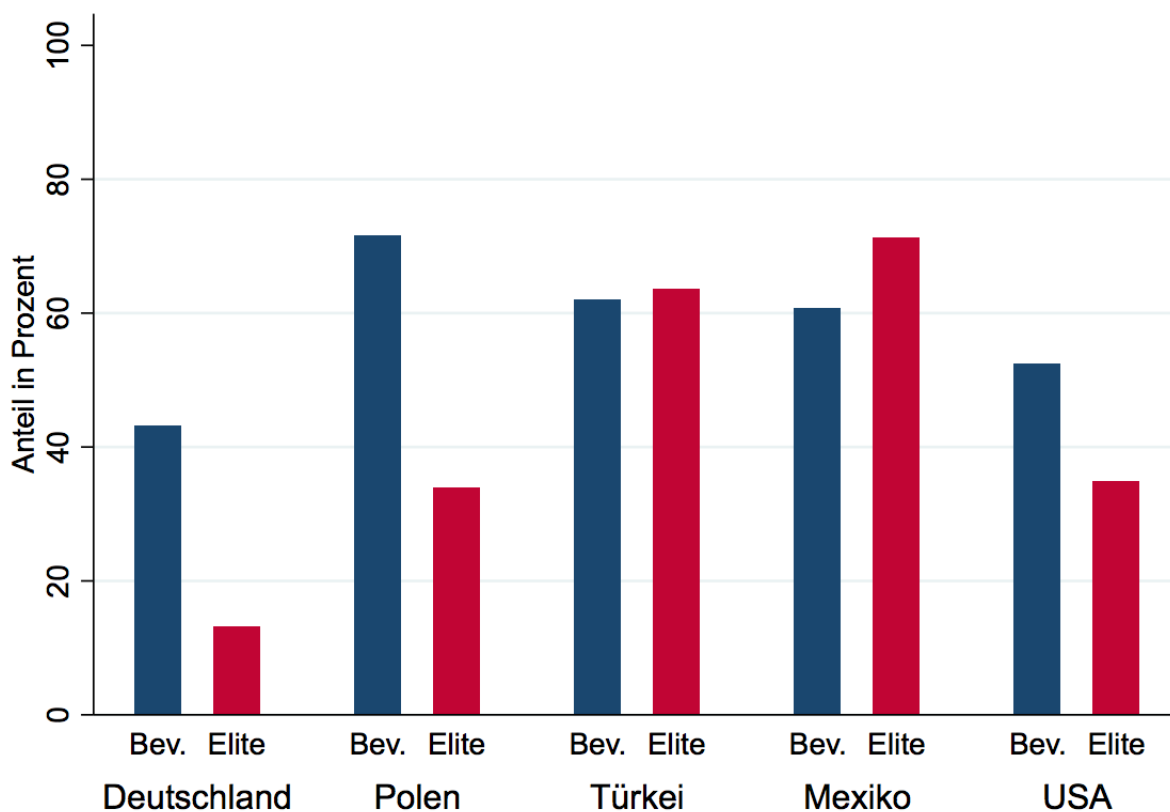
Quelle: Eigene Bearbeitung

5 Vergleich von Elite- und Bevölkerungspositionen

Die Nachfrage nach nationalkonservativer Politik kann den Erfolg der AfD und anderer rechtskonservativer Parteien weitgehend erklären. Nicht erklären kann sie aber, weshalb diese Parteien populistisch sind und weshalb dieser Populismus ebenfalls für einen Teil des Erfolges verantwortlich ist. Wie einleitend bemerkt, ist ein zentrales Element des Populismus die Gegenüberstellung von einem „homogenen Volk“ und einer ebenso sich von diesem unterscheidenden homogenen Elite. Diese Gegenüberstellung ist umso glaubwürdiger, je mehr sich Bevölkerung und Elite in ihren Einstellungen unterscheiden. Da die Eliten zu den typischen Gewinnern der Globalisierung gehören, sind es Globalisierungsthemen wie Einwanderung und supranationale Integration, für welche ein solcher Gegensatz am ehesten erwartet werden kann.

Wie unterscheiden sich also die Positionen der Elite und der Bevölkerung in Deutschland zu Einwanderungspolitik und politischer Integration? Und wie steht der Positionsunterschied zwischen beiden Seiten im internationalen Vergleich da? Um diese Frage zu beantworten, haben wir für Deutschland, Mexiko, Polen, die Türkei und die USA Einstellungen der breiten Bevölkerung mit denen von Eliten und international arbeitenden Führungskräften verglichen.

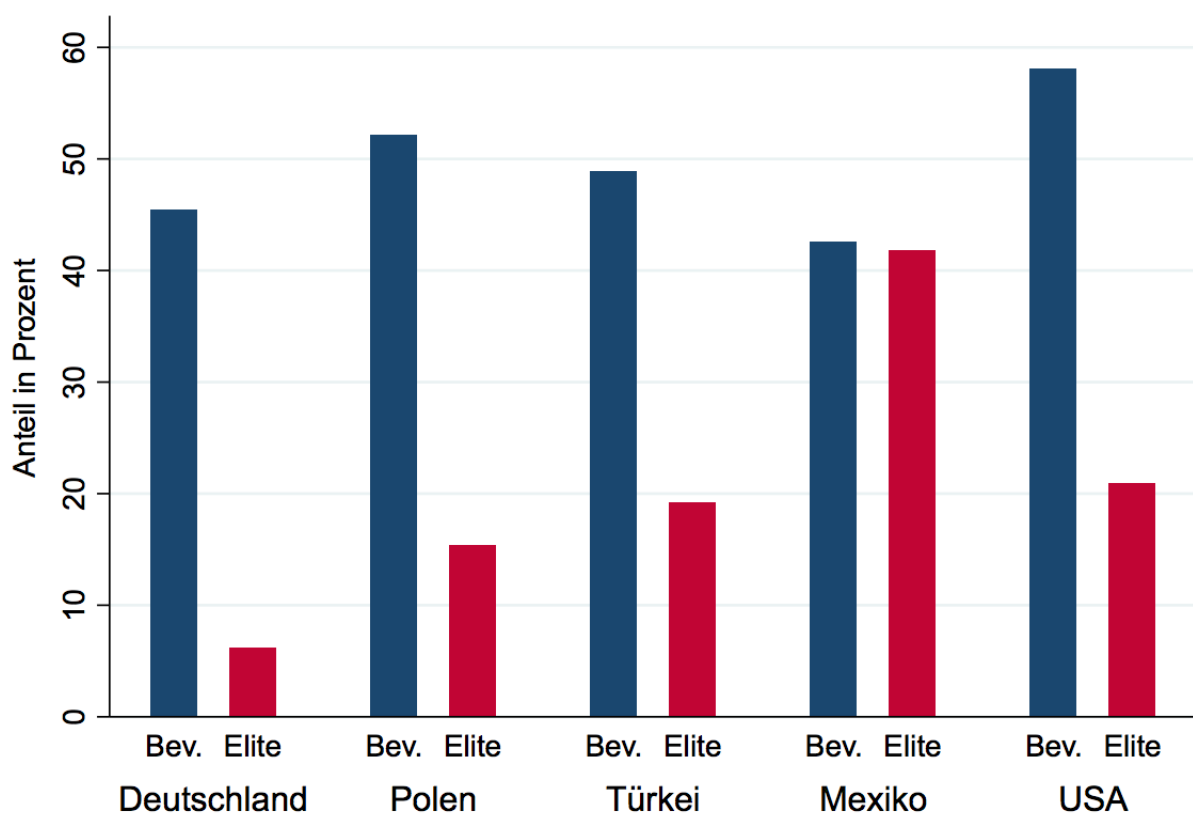
Abbildung 13: Anteil, der einverstanden ist, dass bei Jobknappheit Arbeitgeber Inländern Vorrang geben sollten



Quellen: Eigene Bearbeitung

Zuerst betrachten wir die Einstellungen gegenüber Migration. Abbildung 13 zeigt die Anteile der Befragten, welche der Aussage „Wenn die Arbeitsplätze knapp sind, sollten die Arbeitgeber [Staatsbürger dieses Landes] gegenüber Ausländern vorziehen“ zustimmen. Die Grafik zeigt, dass gemäß dieser Frage die Elite in Deutschland, Polen und – zu einem geringeren Grad – den USA der Einwanderung gegenüber deutlich positiver eingestellt ist als die Bevölkerung. In jedem der drei Länder stimmt ein kleinerer Teil der Elite zu, Inländer bei Jobknappheit zu bevorzugen, als dies in der Bevölkerung der Fall ist. Im Gegensatz dazu gibt es in der Türkei keine Kluft zwischen Elite und Bevölkerung in den Meinungen zu dieser Frage. In Mexiko ist der Anteil, welcher mexikanische Staatsbürger auf dem Arbeitsmarkt bevorzugt haben möchte, unter den Eliten sogar höher als in der übrigen Bevölkerung. Aus der Abbildung wird zudem ersichtlich, dass gemäß diesem Indikator die Deutschen den Einwanderern gegenüber positiver eingestellt sind als die Staatsbürger der Vergleichsländer.

Abbildung 14: Anteil, welcher die Einwanderung stark begrenzen oder ganz verbieten will

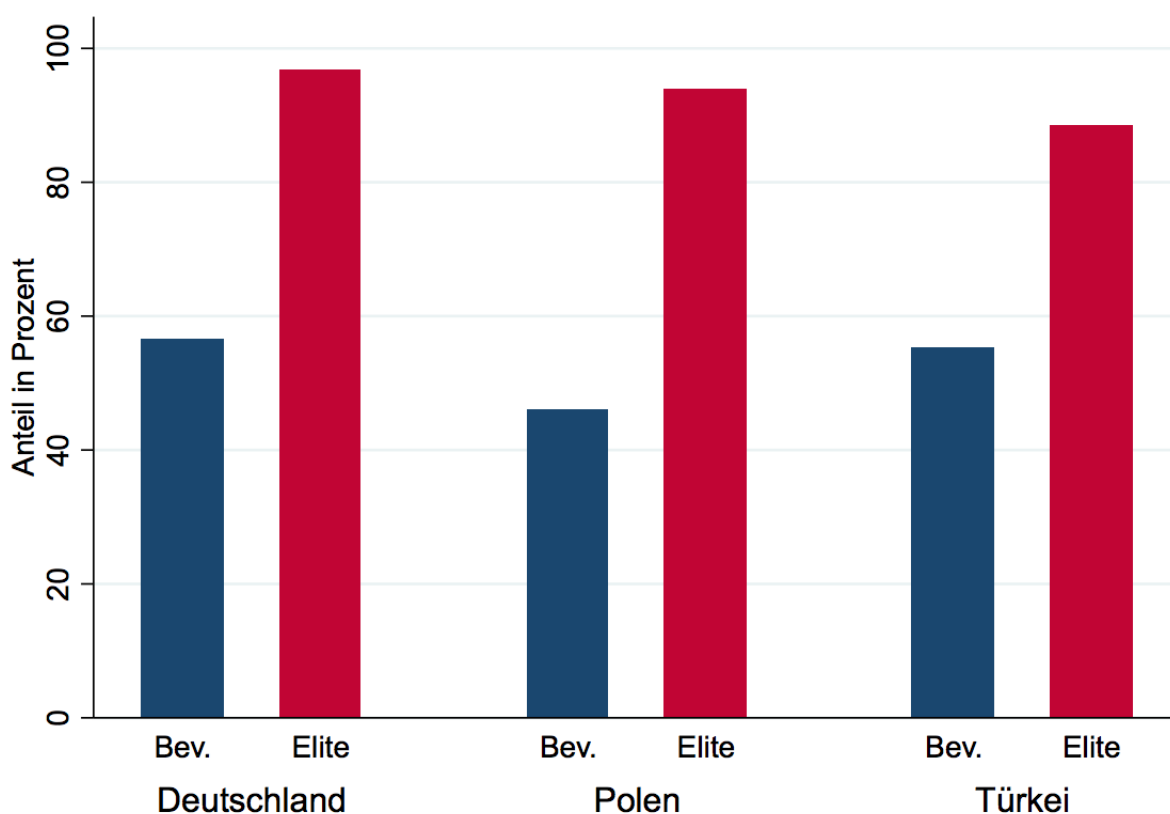


Quellen: Eigene Bearbeitung

In Abbildung 14 vergleichen wir die Einstellungen von Eliten und Bevölkerung zu Einwanderungspolitik in denselben fünf Ländern. Die Abbildung zeigt wiederum, dass ein größerer Anteil der Bevölkerung die Einwanderung stark begrenzen oder ganz verbieten möchte, als es die Elite will. Die Unterschiede zwischen Elite und Bevölkerung sind in allen Ländern außer Mexiko sehr groß. Ebenfalls sticht hervor, dass unter den fünf Ländern die deutsche Elite der Einwanderung gegenüber am positivsten eingestellt ist.

Insgesamt finden wir für die Migrationspolitik also Indizien, dass die Eliten offenen Grenzen gegenüber Einwanderern deutlich positiver gegenüberstehen als die Bevölkerung als Ganzes. Diese Kluft zwischen Eliten und Bevölkerung ist in Deutschland recht ausgeprägt, findet sich aber auch in anderen sich stark unterscheidenden Ländern. Dies heißt aber nicht, dass eine homogene Bevölkerung einer homogen anders eingestellten Elite gegenübersteht. Vor allem innerhalb der Bevölkerung gibt es große Unterschiede in den Einstellungen zu Einwanderern. Mit Bezug auf die hier untersuchten Fragen ist die Bevölkerung in zwei ähnlich große Lager aufgeteilt, wobei eine Hälfte der Einwanderung gegenüber positiv eingestellt ist und eine andere Hälfte negativ.

Abbildung 15: Anteil, welcher die EU-Mitgliedschaft „eine gute Sache“ findet

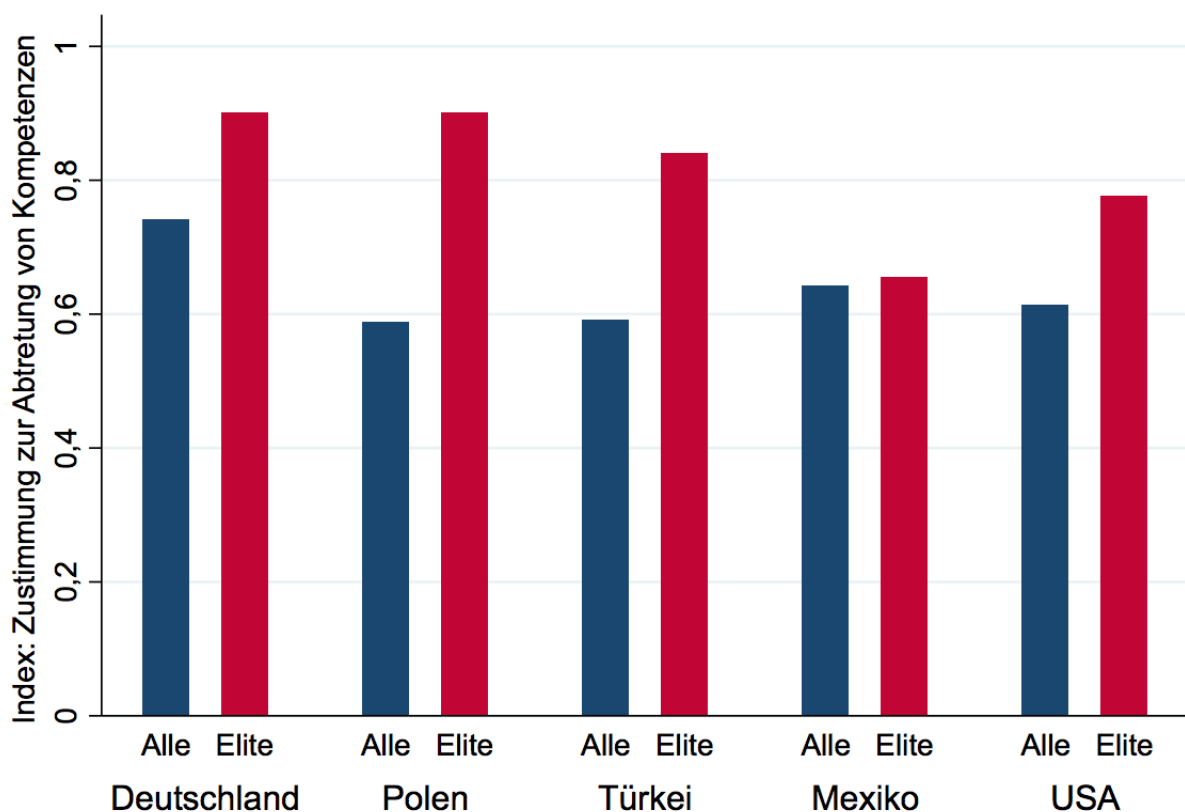


Quellen: Eigene Bearbeitung

Als Nächstes untersuchen wir Unterschiede zwischen Eliten und der Gesamtbevölkerung mit Bezug auf politische Integration. Zuerst vergleichen wir die Einstellungen zur EU-

Mitgliedschaft. Für die Frage liegen uns Antworten von Eliten in Deutschland, Polen und der Türkei vor, wobei die türkischen Befragten nach einer hypothetischen Mitgliedschaft befragt wurden. Abbildung 15 zeigt, dass zum Zeitpunkt der Befragung die überwiegende Mehrheit der Eliten in allen drei Ländern die EU positiv beurteilt. Die Bevölkerung hingegen ist mit Bezug auf die Mitgliedschaft in der EU gespalten. In Deutschland und der Türkei steht ihr jeweils eine knappe Mehrheit positiv gegenüber. In Polen wiederum ist es nur eine Minderheit, welche die Mitgliedschaft positiv betrachtet.

Abbildung 16: Durchschnittswerte auf Index zur Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen



Quellen: Eigene Bearbeitung

Während im europäischen Kontext supranationale Integration vor allem europäische Integration bedeutet, ist es wichtig, im internationalen Vergleich auch das Abtreten von Souveränität an internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UNO) zu berücksichtigen. Abbildung 16 stellt daher Werte auf einem Index dar, der misst, ob Befragte von Bevölkerungsumfragen und jene aus unserer Elitenumfrage es bevorzugen, dass in bestimmten Politikbereichen nationale Regierungen nicht alleine, sondern zusammen mit regionalen oder internationalen Organisationen Entscheidungen fällen. Der Abbildung ist zu entnehmen, dass auch gemäß dieser Frage die deutsche Politik- und Wirtschaftselite der supranationalen Integration gegenüber sehr positiv eingestellt ist. Die Bevölkerung ist in ihrer Meinung gegenüber dem Abtreten nationaler Souveränität wiederum gespalten. Unsere Re-

sultate zeigen wiederum, dass die Eliten in Bezug auf die Abtretung nationaler Souveränität an supranationale Institutionen nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Staaten viel positiver gegenüber eingestellt sind als die allgemeine Bevölkerung. Auch in Polen, der Türkei und den USA (kaum aber in Mexiko) stimmen die Eliten der Übertragung von Souveränität eher zu als die Gesamtbevölkerung.

Insgesamt zeigt der Vergleich zwischen der Gesamtbevölkerung und den Eliten, dass sich die Eliten deutlich stärker für die Öffnung nationalstaatlicher Grenzen aussprechen als die Normalbevölkerung. Diese Werte bestätigen die Resultate einer früheren Studie, welche für Deutschland ebenfalls einen starken Graben zwischen den Eliten und Teilen der Bevölkerung mit Bezug auf europäische Integration gezeigt hat (Teney und Helbling 2014; Helbling und Teney 2015). Der große Unterschied in den Einstellungen zwischen Eliten und Durchschnittsbevölkerung trifft allerdings nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Länder wie die USA oder Polen zu. Er kann jedoch erklären, weshalb die Gegenüberstellung von Eliten und Bevölkerung durch Rechtspopulisten für breite Bevölkerungsschichten plausibel erscheint. Dies heißt nicht, dass es zutrifft, dass eine homogene Bevölkerung einer ebenso homogenen anders eingestellten Elite gegenübersteht. Denn vor allem die Bevölkerung ist sich alles andere als einig in ihren Einstellungen gegenüber Einwanderung und supranationaler Integration. Zwar ist die deutsche Bevölkerung im internationalen Vergleich der Öffnung von Grenzen gegenüber positiv eingestellt. Doch gibt es innerhalb der Bevölkerung, im Gegensatz zu den Eliten, eine bedeutende Minderheit, welche je nach Fragestellung zwischen 20 und 45 Prozent beträgt, die nationalstaatliche Abgrenzung bevorzugen würde.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Staaten gab es in Deutschland lange keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei. Dies hat sich mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) rasant geändert. Denn deren Kombination von nationalkonservativen Positionen und einem Diskurs, welcher ein homogenes „reines“ Volk einer ebenso homogenen, aber „korrupten“ Elite gegenüberstellt, ist genau das, was Rechtspopulismus ausmacht. Doch weshalb erzielt der Rechtspopulismus in Deutschland so spät erste Erfolge? Gibt es in Deutschland auch langfristig ein ähnliches Potenzial für eine rechtspopulistische Partei wie in anderen westeuropäischen Ländern und war es daher nur eine Frage der Zeit, bis sich eine rechtspopulistische Bewegung durchsetzen konnte? Oder handelt es sich um ein kurzfristiges Phänomen, welches in erster Linie mit der Euro- und der Flüchtlingskrise zusammenhängt? Um diese Fragen zu beantworten haben wir Positionen von Parteien sowie Einstellungen von Bevölkerung und Eliten zu Einwanderungspolitik und supranationaler Integration aus einer historischen und vergleichenden Perspektive betrachtet.

Mit Bezug auf die Positionen der deutschen Parteien konnten wir zeigen, dass sich die AfD schon bei den Bundestagswahlen 2013 eindeutig stärker für die Abgrenzung nationalstaatlicher Grenzen ausgesprochen hat als alle anderen Parteien bei derselben Wahl und den drei Wahlen davor. Vor allem aber hat sie viel mehr als die anderen Parteien auf die Thematik um nationale Öffnung gegenüber Abgrenzung gesetzt. In ihrem durchschnittlichen Fokus auf den Themenkomplex unterscheiden sich die Parteien Deutschlands nicht groß von anderen westeuropäischen Ländern. Allerdings war die Dynamik in Deutschland eine andere. Während in anderen westeuropäischen Ländern das Thema vor allem in den 1990er Jahren aufkam, erreichte es in Deutschland vor der Wiedervereinigung und seit den 2000er Jahren die größte Bedeutung.

Als Zweites haben wir die historische Entwicklung der Einstellungen in der Bevölkerung zu Einwanderung und europäischer Integration „unter die Lupe“ genommen. Einen klaren historischen Trend zu ablehnenden Einstellungen hierzu gibt es nicht. Wenn schon, lässt sich – wie in anderen Studien (Decker u. a. 2016; Zick, Küpper und Krause 2016) – für die Einstellungen gegenüber Einwanderern ein Trend zu positiveren Einstellungen konstatieren. Im westeuropäischen Vergleich liegen die Deutschen in ihren Einstellungen gegenüber Einwanderung etwa im westeuropäischen Mittelfeld. Im Unterschied zu anderen Ländern waren die Deutschen ihrer Mitgliedschaft der EU gegenüber aber immer sehr positiv eingestellt. Und selbst im Zuge der Eurokrise gehörte Deutschland zu jenen Ländern, welche der EU eher positiv gegenüber standen. Insgesamt kann also konstatiert werden, dass in den letzten Jahren die Nachfrage nach nationalkonservativen Positionen recht stabil geblieben ist. Ebenfalls war das Potenzial für rechtspopulistische Parteien in dieser Hinsicht eher geringer als im europäischen Durchschnitt.

Im Vergleich mit den Eliten, so zeigte der dritte Teil dieser Studie, ist die Durchschnittsbevölkerung gegenüber Einwanderung und supranationaler Integration deutlich kritischer eingestellt. Der große Unterschied in den Einstellungen zwischen Eliten und Durchschnittsbevölkerung trifft allerdings nicht nur für Deutschland zu, sondern stellt ein internationales Phänomen dar. Er bedeutet auch nicht, dass eine homogene nationalstaatlich orientierte Bevölkerung einer homogenen kosmopolitischen Elite gegenübersteht. Denn vor allem die Bevölkerung ist in ihren Einstellungen gegenüber nationalstaatlicher Öffnung und Abgren-

zung heterogen. Der Unterschied zwischen nach Öffnung strebenden Eliten und einer bedeutenden Bevölkerungsschicht, welche Abgrenzung bevorzugt, kann jedoch erklären, weshalb die Gegenüberstellung von Eliten und Bevölkerung durch Rechtspopulisten für viele plausibel erscheint und sich auch in Form von Zustimmung bei Wahlen niederschlägt.

Schon in den 1980er Jahren war der Gegensatz zwischen nationalstaatlicher Abgrenzung und Öffnung Thema bei den Parteien in (West-)Deutschland. Auch gab es in dieser Zeit bereits eine mindestens so große Bevölkerungsschicht, die Einwanderern kritisch gegenüberstand, wie heute. Ohne den deutschen Wiedervereinigungsprozess und erhebliche wirtschaftliche Probleme in den 1990er Jahren hätte sich diese Entwicklung womöglich verstärkt und einer rechtspopulistischen Partei Wahlerfolge beschert. Damit hätte Deutschland eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie zum Beispiel die Nachbarn Österreich und Schweiz. Stattdessen verlor in Deutschland in den Wahlkämpfen der 1990er Jahren die Thematik um nationalstaatliche Abgrenzung an Bedeutung, auch ging der Anteil an Personen, welche den Einwanderern gegenüber negativ eingestellt sind, zurück. Erst seit Anfang der 2000er Jahre gelangen Einwanderung und europäische Integration wieder oben auf die Agenda der politischen Parteien. Diese für Deutschland spezifische Dynamik kann möglicherweise teilweise erklären, weshalb in Deutschland erst bei den Bundestagswahlen 2013 eine rechtspopulistische Partei einen Wähleranteil nahe der Fünfprozenthürde erreicht hat. Wie der Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern gezeigt hat, unterscheidet sich das Potenzial für eine rechtspopulistische Partei in Deutschland aber kaum von jenem in Nachbarländern mit wählerstarken rechtspopulistischen Parteien. Es ist daher nicht erstaunlich, dass sich die AfD nationalstaatliche Abgrenzung zu ihrem Kernthema gemacht und in nationalkonservativen Kreisen erfolgreich profiliert hat.

Mit dem Abflauen der Euro- und Flüchtlingskrise mag sich das Reservoir an rechtspopulistischen Wählern nochmals etwas reduzieren. Doch selbst dann dürfte das Potenzial für eine rechtspopulistische Partei mittlerer Größe vorhanden bleiben. Dies zeigt zum Beispiel der Vergleich mit Dänemark, dem Land, das sich mit Bezug auf die Bevölkerungseinstellungen Deutschland gegenüber sehr ähnlich gezeigt hat. Die Dänische Volkspartei erreicht seit den 2000er Jahren regelmäßig mehr als 10 Prozent Wähleranteil. Bei der letzten Parlamentswahl hat sie sogar 21 Prozent Wähleranteil erreicht. Wenig spricht dafür, dass das Potenzial für eine ähnliche Partei in Deutschland kleiner ist. Dazu trägt der große Unterschied in den Einstellungen zwischen Eliten und breiten Bevölkerungsschichten zu nationaler Öffnung und Abgrenzung bei. Denn diese Diskrepanz dürfte kein kurzfristiges Phänomen sein und damit auch in Zukunft Rechtspopulisten dazu dienen, Teile der Bevölkerung gegen die kosmopolitische Eliten zu mobilisieren.

7 Literatur

Arzheimer, Kai (2015). „The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? “ *West European Politics* (38) 3. 535–556.

doi:10.1080/01402382.2015.1004230.

Bartolini, Stefano und Peter Mair (1990). *Identity, competition, and electoral availability. The stabilization of European electorates 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.

Decker, Frank (2015). „Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik“. *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa: Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Hrsg. Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen. Baden Baden. 75–90.

Decker, Oliver, Johannes Kiess, Eva Eggers und Elmar Brähler (2016). „Die ‚Mitte‘-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf.“ *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Hrsg. Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler Gießen. 23–66.

Dolezal, Martin (2008). „Germany: the dog that didn't bark“. *West European politics in the age of globalization*. Hrsg. Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieur und Timotheos Frey. Cambridge: Cambridge University Press. 208–234.

European Commission. (2017). *Public Opinion*.

<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/index> (Download: 17.01.2017)

European Parliament, Directorate-General for Communication, Public Opinion Monitoring Unit und European Commission. (2017). *Eurobarometer 79.5 (2013)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5875 Datenfile Version 2.0.0 (2017), doi:10.4232/1.12738.

European Parliament, Directorate-General for Communication, Public Opinion Monitoring Unit und European Commission. (2015). *Eurobarometer 77.4 (2012)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5613 Datenfile Version 3.0.0 (2015), doi:10.4232/1.12049.

European Values Study (2015). *European Values Study 1981-2008, Longitudinal Data File*. GESIS Data Archiv, Köln, Deutschland, ZA4804 Data File Version 3.0.0 (30.10.2015) DOI:10.4232/1.12253

GESIS (2016). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS - Kumulation 1980-2014*. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4582 Datenfile Version 1.1.0, doi:10.4232/1.12646

Hadjar, Andreas, Stefan Bauernschuster, Ulrich Rosar, Ulrich Wagner, Karin Kurz, Andreas Diekmann und Bettina Westle (2017). *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5250 Datenfile Version 2.1.0 (2017), doi:10.4232/1.12796.

Helbling, Marc, und Céline Teney (2015). „The cosmopolitan elite in Germany: transnationalism and postmaterialism“. *Global Networks* (15) 4. 446–468. doi:10.1111/glob.12073.

Horstmann, Harry, Moritz Thalmann und Arne Zillmer (2015). „Die Kommunikation der Parteien im Wahlkampf: Eine Analyse anhand von Pressemitteilungen“. *Aktivierung und Überzeugung im Bundestagswahlkampf 2013*. Hrsg. Oliver Strijbis und Kai-Uwe Schnapp. Wiesbaden. 99–116.

Johann, David, Katrin Thomas, Thorsten Faas und Sebastian Fietkau (2016). „Alternative Messverfahren rechtspopulistischen Wählens im Vergleich: Empirische Erkenntnisse aus Deutschland und Österreich“. *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*. Hrsg. Harald Schoen, Bernhard Weißels. Wiesbaden. 447–470.
Doi: 10.1007/978-3-658-11206-6_20

Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Hoeglinger, Swen Hutter and Bruno Wüest (2012). *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieur und Timotheos Frey (2008). *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.

Lowe, Will, Kenneth Benoit, Slava Mikhaylov und Michael Laver (2011). „Scaling Policy Preferences from Coded Political Texts“. *Legislative Studies Quarterly* (36) 1. 123–155.
doi:10.1111/j.1939-9162.2010.00006.x.

Mols, Frank, und Jolanda Jetten (2016). „Explaining the Appeal of Populist Right-Wing Parties in Times of Economic Prosperity“. *Political Psychology* (37) 2. 275–292.
doi:10.1111/pops.12258.

Mudde, Cas (2000). „In the name of the peasantry, the proletariat, and the people: populisms in Eastern Europe“. *East European Politics and Societies* (15) 1. 33–53.

Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

Niedermayer, Oskar (2014). „Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013“. *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*. Hrsg. Oskar Niedermayer. Wiesbaden. 1–24.

Schmitt-Beck, Rüdiger (2017). „The ‚Alternative für Deutschland in the Electorate‘: Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party“. *German Politics* (26) 1.124–148.
doi:10.1080/09644008.2016.1184650.

Teney, Céline, und Marc Helbling (2014). „How Denationalization Divides Elites and Citizens“. *Zeitschrift für Soziologie* (43) 4. 258–271.

Teney, Céline, Oliver Strijbis, Sarah Carol und Senem Tepe (im Erscheinen). „The WZB International Leaders Survey; Technical Report“. *WZB Discussion Paper*. 1–67.

Volken, Barbara, Onawa Promise Lacewell, Pola Lehmann, Sven Regel, Henrike Schultze und Annika Werner (2012). „The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR) “. *Manifesto Project Database*. <https://manifestoproject.wzb.eu/> (Download 22.8.2017).

World Values Survey (2015). *World Values Survey 1981-2014 Longitudinal Aggregate v.20150418*. World Values Survey Association (www.worldvaluessurvey.org). Aggregate File Producer: JDSystems, Madrid, Spanien.

Zick, Andreas, Beate Küpper und Daniela Krause (2016). *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn.

Hinweise zu den Autoren:

Marc Helbling ist Professor für Politische Soziologie an der Universität Bamberg sowie Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin in der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung.

Oliver Strijbis ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Carlos III von Madrid.

Impressum

© Januar 2018 Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich:
Andreas Grau

Autoren:
Marc Helbling und Oliver Strijbis

Redaktion:
Rudolf Jan Gajdacz, München

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
Postfach 103
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
Telefax +49 5241 81-81999
www.bertelsmann-stiftung.de
info@bertelsmann-stiftung.de

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Andreas Grau
Projektmanager
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81563
andreas.grau@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de